



PARTEI der
HUMANISTEN NI

POLITIK

MIT SACHVERSTAND

**Programm
für die Landtagswahl 2022
der PARTEI DER HUMANISTEN
Niedersachsen**

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Wer wir sind	4
Wie wir arbeiten	4
Arbeit und Soziales	5
Familie	5
Bedingungsloses Grundeinkommen	5
Förderung Ehrenamt	6
Bürgerversicherung	6
Inklusion	6
Bildung	8
Einheitliche (europäische) Bildung	8
Soziale Bildung	9
Säkulare Bildung	9
Digitale Bildung	10
Lebensnahe Bildung	11
Fachkräfteoffensive	11
Umwelt und Klima	13
Energiewende	13
Windenergie	14
Smart Grids	14
Wärmepumpen	14
Grüner Wasserstoff	15
Thermische Energiespeicher	15
Biogas	16
Tiefengeothermie	16
Küstenschutz	16
Ausbau der A20	19
Säkularisierung	20
Staatsleistungen	20
Kirchenaustritt	20
Besonderes Kirchgeld	21
Konfessionelle Neutralität der Rundfunkräte gewährleisten	21
Feiertage	21
Bestattungsrecht	21
Säkulare Bildung	22
Wohnen	23
Housing First	23
Wirtschaft	25
Innovation als Wirtschaftsfaktor	25
Auswirkungen des Klimawandels auf die Wirtschaft	25

Corona-Hilfen	26
Mobilität	27
Mobilität nachhaltig gestalten	27
Nah- und Fernverkehr ausbauen und vernetzen	28
Landwirtschaft	29
Kultur	31
Kultur als Standort- und Wirtschaftsfaktor	31
Wirtschaft	31
Beitrag zur Völkerverständigung	32
Innere Sicherheit	33
Polizei	33
Bürger	34
Gesundheit	36
Ärzteversorgung	37
Pflege	37
Prävention	38
Drogenkonsumräume	38
Digitalisierung	40
Netzausbau	40
Öffentliches WLAN	40
Digitales Bürgerbüro	40
Förderung der IT-Sicherheit	40
Open-Source	41
Digitale Selbstbestimmung und Privatsphäre	41
Wahlrechtsreform	42
Präferenzwahl	42

Einleitung

Wer wir sind

Wir sind Humanisten, unser Herz brennt für Fakten.

Wir wollen für Niedersachsen eine rationale und fortschrittliche Politik, die individuelle Freiheit und gesellschaftliche Verantwortung verbindet. Dafür braucht es neue Kräfte in der politischen Landschaft Deutschlands.

Wir stehen für eine progressive Herangehensweise an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert und überholte Dogmen und Strukturen überwindet.

Unsere Welt ist im stetigen Wandel - wir sind überzeugt, dass auch die größten Herausforderungen unserer Zeit, der Klimawandel, eine nachhaltige Energiewende, soziale Spaltung und wachsender Populismus konstruktiv, aufgeklärt und evidenzbasiert gemeistert werden können.

Im Zentrum unserer Politik steht der Mensch mit seiner Fähigkeit zum rationalen Denken und zum Verstehen der Umwelt seiner Mitmenschen. Unser Denken und Handeln setzen sich für ein erfülltes Leben aller Menschen ein. Selbstbestimmung und Menschenrechte, Sicherheit und Freiheit, Möglichkeiten zur Entfaltung und Weiterentwicklung stehen für uns über Dogmen und Ideologien.

Wie wir arbeiten

RATIONAL

Zuerst sammeln wir ergebnisoffen alle wichtigen Fakten, auf deren Grundlage wir unsere Position entwickeln. Oft entstehen so zunächst unterschiedliche Sichtweisen zu einem Thema, bevor wir uns auf einen Standpunkt festlegen. Dabei bedienen wir uns nicht nur gesicherter Erkenntnisse, wir arbeiten auch nach wissenschaftlichen Methoden. Sollte sich die Faktenlage ändern, denken wir auch neu über unsere Position zum Thema nach. Seine Positionen anzupassen, bedeutet nicht einzuknicken, sondern ermöglicht moderne Politik, die unsere Gesellschaft fit für die Zukunft macht.

LIBERAL

Freiheit und Selbstbestimmung sind kein Widerspruch zu Solidarität und Gerechtigkeit. Wir wollen gleiche Chancen für alle mit der Möglichkeit, sein Leben nach individuellen Fähigkeiten und Wünschen zu gestalten. Wir wissen, jeder Mensch ist einzigartig und jede Gesellschaft ist die Summe ihrer individuellen Mitglieder, ihrer Perspektiven, Gewohnheiten und Wünsche.

FORTSCHRITTLICH

Wir lieben neue Technologien und weltbewegende wissenschaftliche Errungenschaften. Denn nichts birgt eine größere Chance für die Menschheit. Nichts kann Gesellschaften schneller voranbringen. Risiken minimieren wir dabei durch eine stetige und sorgfältige Folgenabschätzung auf der Grundlage von Fachkenntnissen.

Arbeit und Soziales

Humanistische Sozialpolitik setzt auf Hilfe zur Selbsthilfe, Chancengleichheit und Unterstützung in Not. Wir trauen Menschen zu, selbst zu entscheiden, ob ihr Beitrag zur Gesellschaft in Form von Erwerbsarbeit, Pflegearbeit, Selbstständigkeit, ehrenamtlicher Tätigkeit, künstlerischer Betätigung oder anderen Beschäftigungen erfolgt. Unser Ziel ist, dass alle Menschen frei von Zwängen und ohne Existenzängste ihre eigenen Lebensentwürfe gestalten können.

Unsere Forderungen

- ✓ Stärkung der Kinder- und Jugendförderung
- ✓ Einführung des Wahlrechts ab 16 für die Landtagswahl
- ✓ Wir fordern die rechtliche Gleichstellung von Partnerschaften in allen Belangen, unabhängig von ihrer geschlechtlichen Konstellation. Ein Sonderrecht zweiter Klasse, wie es lange Zeit z.B. für gleichgeschlechtliche Partnerschaften bestand, lehnen wir ab.
- ✓ Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens
- ✓ Förderung der Inklusion
- ✓ Kündigungsschutz in Bezug auf die ehrenamtliche Tätigkeit
- ✓ Erweiterung der Ehrenamtskarte auf einen gesetzlichen Anspruch auf Ermäßigungen im öffentlichen Nahverkehr
- ✓ Grundsätzliche Unfall- und Haftpflichtversicherung für alle Tätigkeiten, die nicht durch den Träger versichert sind
- ✓ Höheres Budget für Ausrüstung von Feuerwehren, THW, etc.

Familie

Familie ist, wo Kinder sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Familienpolitik genau hier ansetzt. Der Beziehungsstatus der Eltern ist zweitrangig, somit müssen die Begriffe *Ehe* und *Familie* aus ihrer traditionellen, religiösen Festlegung befreit werden.

Wir wollen, dass der Staat grundsätzlich seine Familienpolitik kinderfreundlich und zukunftsorientiert ausrichtet. Familiengründungen sind vom Staat so zu fördern, dass in unserer Gesellschaft Kinderkriegen kein Armutsrisiko ist.

Wir treten für eine Liberalisierung des Adoptions- und Abtreibungsrechts ein. Ausschlaggebend für eine gute Kindheit sind Liebe, Zuneigung und Fürsorge der Erziehungsberechtigten – nicht ihr Geschlecht. Die Adoption muss zum Wohle des Kindes geschehen und nicht nach den Wünschen der werdenden Eltern. Wir fordern auch die Ausrichtung der Familiengerichtbarkeit im Sinne der Kinder.

Bedingungsloses Grundeinkommen

Wir betrachten die Einführung eines existenzsichernden, bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) als wichtigen Beitrag zur Lösung drängender sozialer Probleme.

Durch die Einführung des BGE erhält jeder Bürger Deutschlands eine finanzielle Grundlage, die es ihm ermöglicht, sich frei von Existenzängsten zu verwirklichen. Damit begegnen wir

nicht nur Armut als solcher, sondern können auch Folgeerscheinungen wie Existenzängste, soziale Isolation oder Kriminalität verringern. Arbeitslose hätten weniger mit Bürokratie, Sanktionen und Stigmatisierung zu kämpfen. Die Einführung soll schrittweise erfolgen, um Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und beheben zu können. Das BGE kann auch einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den Wandel der Arbeitswelt durch Trends wie Automatisierung und Digitalisierung sozialverträglicher zu gestalten.

Förderung Ehrenamt

Ehrenamtliche Arbeit ist ein wichtiger Grundpfeiler unserer Zivilgesellschaft. Viele Bereiche des öffentlichen Lebens, wie das Rettungswesen, würden in Deutschland ohne Ehrenamt kaum funktionieren. In Niedersachsen engagieren sich ca. 3,2 Millionen Menschen ehrenamtlich für das Gemeinwohl in Vereinen, in Feuerwehren oder bei der Jugendarbeit, um nur einige Beispiele zu nennen.

Sie investieren dabei nicht nur ihre Zeit, denn ehrenamtliches Engagement ist häufig auch mit finanziellen Belastungen verbunden. Wir wollen, dass sich Menschen aller sozialen Schichten ehrenamtlich engagieren können und man es sich nicht leisten können muss. So besteht zum Beispiel keine generelle Unfall- und Haftpflichtversicherung bei ehrenamtlichen Tätigkeiten.

Den Zugang zu Förderprogrammen wie der Ehrenamtskarte wollen wir vereinfachen (bisher sind dafür 5 Stunden/Woche über einen Zeitraum von 3 Jahren zu leisten).

Darüber hinaus wollen wir die Ehrenamtspauschale (derzeit 840 €/Jahr) generell von der Steuer befreien. Ehrenamtliche Tätigkeiten können unter gewissen Umständen ein Risiko für den Hauptberuf darstellen, welches wir abmildern wollen. Daher wollen wir den Kündigungsschutz zu Gunsten des Arbeitnehmers verbessern.

Außerdem wollen wir ein erweitertes Kontingent an Bildungsurlaub für ehrenamtliche Tätigkeiten schaffen.

Bürgerversicherung

Noch immer existiert eine *Zwei-Klassen-Medizin* mit gravierenden Unterschieden zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Der Zugang zu medizinischer Versorgung darf jedoch nicht vom Einkommen abhängen. Deshalb setzen wir uns für die Abschaffung des dualen Systems und die Einführung einer einheitlichen solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung ein.

Inklusion

Eine humanistische Gesellschaft fördert Menschen auf Grundlage ihrer Möglichkeiten und bietet jeder einzelnen Person Teilhabe und Chancengleichheit, unabhängig von sozialen, ökonomischen oder biologischen Voraussetzungen.

Wir setzen uns daher für eine konsequente Umsetzung der Inklusion am Arbeitsplatz, beim Wohnen und in der Freizeit ein.

Wir wollen Unternehmen mit Beratungsangeboten in ihren Bemühungen zur Inklusion unterstützen und parallel den Zugang zu Hilfen für Personen mit Behinderung vereinfachen und entbürokratisieren.

Weiterhin setzen wir uns für eine faire Entlohnung insbesondere in Werkstätten für Menschen mit Behinderung ein. Auch der Staat sollte eine Vorbildfunktion einnehmen und sämtliche

staatlich finanzierten Angebote barrierefrei zugänglich machen.

Bildung

Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das es den jungen Menschen ermöglicht, sich frei von dogmatischen Einflüssen zu selbstständigen und selbstbestimmten Individuen zu entwickeln.

Die Vermittlung demokratischer Werte und die humanistische Aufklärung sind wichtig für die Stärkung persönlicher Freiheitsrechte. Bildung ist kein starres System, sondern muss sich am aktuellen Forschungsstand der Bildungsdidaktik orientieren.

Unsere Forderungen

- ✓ Einheitliches (europäisches) Bildungssystem
- ✓ Ganztagsangebot
- ✓ Übergreifendes Bildungskonzept, mit dem Kitas, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen enger aufeinander abgestimmt werden
- ✓ Kostenloser Kitaplatz
- ✓ Fachkräftemangel entgegenwirken, ohne das Qualifikationsniveau zu senken durch Erhöhung der Attraktivität der Berufe
- ✓ Praxisnahe und unbürokratische Ermöglichung von Inklusion
- ✓ Kostenlose Materialien (Bücher, Materialien für den Kunstunterricht, etc.)
- ✓ Kostenlose, unkomplizierte Nachhilfe
- ✓ Religionsunterricht abschaffen und durch Ethikunterricht ersetzen
- ✓ Öffentliche Bekenntnisschulen abschaffen
- ✓ Tablets als optionalen Papierersatz einführen
- ✓ Digitale Infrastruktur an Schulen sicherstellen (Hardware, Internet, etc.)
- ✓ Freie Software und Übung in ihrem Umgang
- ✓ Medienkompetenzen vermitteln
- ✓ Weiterführende Schulen müssen Informatikunterricht anbieten.
- ✓ Schwimmunterricht muss garantiert werden.
- ✓ Ernährung und Klimaschutz muss fester Bestandteil des Lehrplans werden.

Einheitliche (europäische) Bildung

Kurzfristig unterstützen wir länderübergreifende Kooperationen bei Bildungsplänen für Kitas, Lehrplänen und Abschlussprüfungen. Langfristig soll das Bildungssystem deutschlandweit einheitlich gestaltet werden.

Die Nachteile eines föderalen und dezentralen Bildungssystems, wie die fehlende Vergleichbarkeit, überwiegen die Vorteile. Ein zentrales Bildungssystem kann viel stärker von fachlicher Expertise und speziellen Lernmaterialien profitieren. Außerdem wird die Vergleichbarkeit von Kompetenzen und Abschlüssen erhöht. Auch die Vernetzung zwischen den verschiedenen Bildungsinstitutionen soll gefördert werden, sodass ein ganzheitliches Bildungskonzept entsteht, das von Krippe bis Hochschule ineinandergreift.

Langfristig wollen wir Bildung auch europaweit angleichen. Europäische Forschung soll dabei stets einen Fokus darauf haben, die globalen Probleme unserer Zeit anzugehen und im Sinne einer aufgeklärten Gesellschaft wirken. Wir möchten, dass europäische Bildung und Forschung stets die besten Standards erfüllt. Konkret wollen wir Schüleraustausch-Programme erweitern und den Ausbau des Erasmus-Programms vorantreiben, um Europa als Bildungsstandort zu stärken.

Eine Vernetzung der Ausbildungsberufe innerhalb Europas und damit eine Angleichung geltender Standards wollen wir ebenfalls fördern. Es wird notwendig sein, europäische Kompetenzraster und Lehrpläne zu erstellen, die durch regionale Bildungsbausteine erweitert werden, um vergleichbare Standards innerhalb der EU zu schaffen.

Soziale Bildung

Das Schulsystem muss für die individuelle Bildung durchlässiger gestaltet werden. Deshalb wollen wir den Übergang zu Gesamtschulen fördern; dies unterstützt auch den sozialen Zusammenhalt.

Damit Inklusion schon an den Universitäten gelehrt wird und die Studierenden auf den Arbeitssalltag als Lehrkraft vorbereitet werden, soll Inklusion als Querschnittsthema in vielen Bereichen des Studiums aufgenommen werden. Dies ist in Niedersachsen bereits der Fall, jedoch überlässt das Land den Hochschulen die Umsetzung selbst. Wir fordern, dass das Land, so wie die meisten anderen Bundesländer, zumindest grobe Vorschriften dazu entwickelt, damit die Lehre einem landesweiten Mindeststandard entspricht.

Um Inklusion in der Praxis zu ermöglichen, brauchen wir in den Bildungsinstitutionen multiprofessionelle Teams, die schnell und unbürokratisch auf die individuellen Bedürfnisse reagieren können. Eine angemessene personelle Ausstattung unter Berücksichtigung von Abwesenheiten (Krankheit, Urlaub, Fortbildung etc.) muss gewährleistet werden.

Die Unterstützung hilfsbedürftiger Kinder darf nicht am Elternhaus scheitern; kostenlose Nachhilfeangebote müssen durch die Schule beworben und vermittelt werden. Außerschulische Lernförderung vom Land gibt es bereits, wird jedoch aufgrund von zu hohem bürokratischem Aufwand und mangelnder Bekanntheit oft nicht wahrgenommen.

Die gesamte Bildungslaufbahn muss kostenlos sein, dazu gehören kostenlose Materialien wie Lehrbücher, Schreibwaren und andere technische Hilfsmittel. Wir lehnen auch die Erhebung von Kopiergeld und anderen Zusatzgebühren für Lernmaterialien ab. Die Teilnahme an Bildungsausflügen und Klassenfahrten darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein. Deswegen muss das Land die Kosten vom Einkommen abhängig komplett oder teilweise übernehmen. Kein Kind soll vom sozialen Miteinander ausgeschlossen werden.

Damit Elternschaft und Beruf besser vereinbar sind, müssen Ganztagsangebote ausgebaut werden.

Säkulare Bildung

Schulen sind staatliche Einrichtungen und müssen somit nach Art. 140 GG auch religionsneutral sein. Daher sind Religionsunterricht und Weltanschauungsunterricht an allen staatlichen Schulen abzuschaffen und durch ein allgemeines Pflichtfach *Ethik* oder *Werte und Normen* zu ersetzen, welches von der ersten Klasse an erteilt wird. Damit auch genug Lehrkräfte zur Verfügung stehen, wollen wir entsprechende Weiterbildungen für Religionslehrkräfte sowie zusätzliche Lehrstühle und Lehramtsstudiengänge für das Fach Ethik an pädagogischen

Hochschulen einrichten.

Die Konfessionszugehörigkeit der Kinder darf von den Schulen nicht länger erfasst werden.

Besonders wichtig ist uns die Abschaffung von öffentlichen (staatlichen) Bekenntnisschulen, die es außer in Niedersachsen nur noch in Nordrhein-Westfalen gibt. Weder, dass eine staatlich finanzierte Grundschule nur einen Religionsunterricht alternativlos anbietet, noch dass die Lehrkräfte abhängig von ihrer Religionszugehörigkeit eingestellt werden, ist mit einem säkularen Staat vereinbar.

Digitale Bildung

Grundvoraussetzungen für digitale Bildungskonzepte sind eine konsequente Breitband-Anbindung an Bildungseinrichtungen sowie eine flächendeckende Bereitstellung von Hardware. Letzteres umfasst neben der Nutzung vor Ort auch die Möglichkeiten zur kostenlosen Ausleihe von Notebooks.

Auch muss jeder Schule entsprechend geschultes Personal zur Verfügung stehen, welches die IT-Infrastruktur betreiben und warten kann. Diese Aufgabe sollte nicht mehr nur ganz oder in Teilen auf technikaffine Lehrkräfte zurückfallen.

Das Internet ist inzwischen ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltags, deshalb muss sichergestellt werden, dass jedes Kind verantwortungsbewusst damit umgehen kann. Das bedeutet zum Beispiel das kritische Überprüfen von Quellen sowie die Aneignung von Wissen für das Lösen von alltäglichen Problemen. Hierzu gehört unter anderem auch, dass Kinder sich im Unterricht selbst über Onlinequellen Wissen aneignen und der Umgang mit Software.

Die Benutzung von freier Software ist sowohl ein notwendiger Teil von modernem Unterricht als auch eine wichtige Fähigkeit für das weitere Privatleben der Kinder. Das kann das Auswerten von Versuchsprotokollen im Physikunterricht, das Erstellen einer Präsentation oder die Veranschaulichung von mathematischen Konzepten mit Hilfe von Onlinetools sein.

An jeder weiterführenden Schule muss Informatikunterricht angeboten werden. Wenn hierfür das notwendige Personal fehlt, sollen externe Fachkräfte, bei Bedarf mit der pädagogischen Unterstützung von ausgebildeten Lehrkräften, eingesetzt werden.

Wir fordern das Einrichten einer öffentlich zugänglich gemeinschaftlich erstellten Sammlung von Arbeitsmaterialien. Die Plattform Merlin vom Niedersächsischen Bildungsserver kann dafür als Basis dienen. Die Materialien sollen aber für jeden, einschließlich Eltern und Kindern, frei verfügbar sein. Hierzu gehören auch Lehrbücher, die digital verfügbar sein sollten.

Wie es bereits einige Schulen in Niedersachsen zeigen, ermöglicht der Einsatz von Tablets als Papierersatz und digitalen Whiteboards anstelle von herkömmlichen Tafeln einen interaktiveren, zeitgemäßen und vor allem effizienteren Unterricht. Sei es das einfache Spiegeln von Bearbeitungen an die digitale Tafel, das Arbeiten an kollaborativen Dokumenten oder das Vermeiden des Schultaschen-Schleppens – moderne Technik bietet in Klassenräumen viele Vorteile.

Wir fordern daher, dass ein nahezu papierfreier Unterricht in Niedersachsens weiterführenden Schulen zur Normalität wird. Dazu soll jeder Schüler kostenlos ein Tablet inklusive Stift und benötigte Apps erhalten.

Auch die Kosten allgemein würden damit stark gemindert werden, da beispielsweise Taschenrechner durch entsprechende, zumeist günstigere, Apps ersetzt werden. Die Lehrkräfte für Klassen mit Tablets müssen speziell geschult werden, damit sie auch in der Lage sind, mit

der Technik umzugehen. Auch muss eine landeseinheitliche digitale Kursmanagementplattform geschaffen werden. Um das Schreiben von Klausuren anstelle auf Papier auch optional an Tablets zu ermöglichen, müssen technische sowie gesetzliche Grundlagen geschaffen werden.

Niedersachsen sollte Vorreiter in Deutschland in Sachen Bildung werden und zeigen, wie moderner Unterricht funktioniert.

Lebensnahe Bildung

Nur noch 40 % der Kinder können nach Abschluss der Grundschule sicher schwimmen, was daran liegt, dass $\frac{1}{4}$ der Grundschulen keinen Zugang mehr zu einem Schwimmbad hat und es einen Mangel an qualifizierten Fachkräften gibt. Wir fordern einen besseren Zugang zu Schwimmbädern durch ein verstärktes Aus- und Weiterbildungsangebot, damit alle Kinder in der Grundschule schwimmen lernen.

Jedes sechste Kind in Deutschland ist übergewichtig oder adipös, was im späteren Leben zu erheblichen gesundheitlichen Belastungen führen kann. Die dazu führenden Gewohnheiten sind später nur schwierig wieder abzulegen und mehr als der Hälfte der Betroffenen gelingt es nicht. Deswegen ist es besonders wichtig, früh mit der Ernährungsbildung anzufangen und sie muss fester Bestandteil des Lehrplans werden.

Zudem sollte der menschengemachte Klimawandel, dessen Folgen und dessen effektive Bekämpfung stärker in den verschiedenen natur- sowie gesellschaftswissenschaftlichen Fächern thematisiert werden.

Populistische Medien verzerren zunehmend die tatsächliche Faktenlage. Deshalb ist es wichtig, dass jeder die zugrundeliegenden Studien verstehen kann. Um das sicherzustellen, fordern wir eine stärkere Förderung von wissenschaftlicher Grundbildung.

Die aktuelle Generation Jugendlicher und junger Erwachsener unterliegt der Ungewissheit über ihre finanzielle Zukunft, insbesondere der Rente, durch den demografischen Wandel. Folglich besteht ein verstärktes Interesse an Finanzprodukten. Problematisch dabei ist, dass die Bildungslücke in diesem Punkt häufig durch vermeintliche Experten aus dem Internet gefüllt wird. Das halten wir für gefährlich, solange das Fachwissen für selbstständige Risikoabwägung nicht gegeben ist. Dieses Fachwissen sollte schon in der Schule vermittelt werden, damit finanzielle Selbstbestimmung erreicht werden kann.

Fachkräfteoffensive

Erfolgreiche Bildungsprozesse werden von gut ausgebildeten Fachkräften begleitet. Das gesamte Gelingen von institutioneller Bildung hängt letztendlich an den pädagogischen Fachkräften. Dementsprechend setzen wir uns nachhaltig dafür ein, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, ohne dass das Qualitätsniveau der Ausbildungsgänge sinkt.

Immer kürzere Qualifizierungsmaßnahmen, um schnell Fachkräfte zu generieren, kann nicht die Lösung sein. Kurzfristig sind gründlich konzipierte und vor allem berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen für Quereinsteiger eine Möglichkeit, um Interessierte schnell in die Praxis zu bekommen.

Damit einher geht auch eine angemessene dezentrale Ausstattung der Bildungsinstitutionen, um sowohl ausstehende Modernisierungen umzusetzen wie auch flexibel auf Entwicklungen in sozialen Einrichtungen reagieren zu können. Das heißt, dass Bildungseinrichtungen einen

gewissen Grundetat benötigen, um zum Beispiel Reparaturen am Gebäude direkt durchführen zu lassen. Hierdurch muss die Verwaltung nicht erst Stunden darauf verwenden, die Gelder bei verschiedensten Stellen anzufragen, wodurch mehr Zeit für die eigentlichen pädagogischen Aufgaben bleibt.

Langfristig sollte die Attraktivität des Berufes und auch der Ausbildungen nachhaltig gesteigert werden. Das erreicht man vor allem über eine Umwandlung der Ausbildung für Erzieher in eine grundständige duale und vergütete Ausbildung sowie attraktive Fördermöglichkeiten für Studiengänge.

Ebenso wichtig ist eine konstante Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Dazu gehört eine Erhöhung des Personalschlüssels, also weniger zu betreuende Kinder pro Fachkraft, angemessene Vergütung und Verfügungszeiten.

In Kitas wollen wir das Personal für nicht-pädagogische Aufgaben erhöhen. Oft gibt es, besonders an kleineren Kitas, im Gegensatz zu Schulen zum Beispiel keinen Hausmeisterdienst. Ähnlich wie bei Schulen wollen wir hier eine zentrale Stelle, die für mehrere Kitas zuständig ist und sich um anfallende Aufgaben in diesem Bereich kümmert. Auch Hilfe in der Verwaltung kann dafür sorgen, dass die pädagogischen Fachkräfte mehr Zeit haben, sich direkt um die Kinder zu kümmern.

Umwelt und Klima

Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist die Vermeidung weiterer Folgen des vom Menschen verursachten Klimawandels. Als eines der zentralen Leitmotive politischen Handelns gilt es zum einen, das Voranschreiten des Klimawandels zu verhindern, zum anderen, seine negativen Auswirkungen zu kompensieren.

Dieses Leitmotiv fordern wir auf allen Ebenen politischen Handelns. Sowohl das Aufhalten des Klimawandels als auch die Eindämmung der Auswirkungen müssen ideologiefrei und auf Basis neuester wissenschaftlicher Fakten stets weitergedacht werden.

Unsere Forderungen

- ✓ Schwerpunkt auf beschleunigtem Ausbau der Windenergie und Fokus auf den Ausbau der Ausgleichsmöglichkeiten für Flauten
- ✓ Einführung von Smart Grids beschleunigen
- ✓ Einbau von Wärmepumpen forcieren und Fördermaßnahmen anpassen
- ✓ Produktion von grünem Wasserstoff vorantreiben
- ✓ Einsatz thermischer Energiespeicher fördern
- ✓ Biomethan sinnvoller nutzen
- ✓ Vorhandene Bohrungen aus der Erdgas- und Erdölförderung für tiefe Geothermie nutzen
- ✓ Niedersachsen soll sich aktiv für die Gründung einer *Klima-Hanse*, einer Interessens- und Aktionsgemeinschaft von Küstenregionen und -städten zur effektiven Bekämpfung des Meeresspiegelanstiegs, einsetzen
- ✓ Sofortiger Einstieg Niedersachsens in die ingenieurmäßige Forschung und Entwicklung von Geoengineering-Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen mit besonderem Schwerpunkt auf der Verhinderung eines dramatischen Anstiegs des Meeresspiegels
- ✓ Planung für den Neubau der A20 unverzüglich stoppen
- ✓ ÖPNV und Schienenverkehr fördern, um das Straßennetz zu entlasten

Energiewende

Die Technologieoffenheit bezüglich der Nutzung von verschiedenen Primärenergieträgern sehen wir als zentrale Bedingung, um das Ziel der treibhausgasarmen Energienutzung schnell und nachhaltig zu erreichen.

Als regenerative Energien stehen Niedersachsen Windenergie, Solarenergie, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie zur Verfügung. Das höchste Potential und inzwischen auch die niedrigsten Gesteungskosten weisen Wind- und Solarenergie auf. Optionen zur Nutzung von Wasserkraft dürften weitgehend ausgeschöpft sein. Biomasse spielt in Niedersachsen eine große Rolle, ist aber mit erheblichem Flächenbedarf verbunden und sollte nicht weiter ausgebaut werden.

Aufgrund seiner Vorgeschichte als Erdgas- und Erdölförderland hat Niedersachsen gute Voraussetzungen für die Nutzung der tiefen Geothermie – eine Option, die seit langem diskutiert, bisher aber nicht genutzt wird.

Windenergie

In Niedersachsen stellt die Windenergie unter den regenerativen Energieträgern eine Sonderposition im Vergleich zu anderen Bundesländern dar.

Niedersachsen ist bereits jetzt bundesweiter Spitzenreiter nach installierter Onshore-Windleistung und bietet immer noch genügend Potential zum weiteren Ausbau. Dieses wird jedoch durch existierende regulatorische Hürden nicht vollständig ausgeschöpft.

Ebenso weist Windenergie im Vergleich zur Photovoltaik deutlich bessere Voraussetzungen für die Sektorenkopplung auf. Insbesondere im Bereich der Gebäudeheizung deckt sich das saisonale Angebot an Windenergie mit der Nachfrage – ganz im Gegensatz zur Photovoltaik. Daher sollten die momentan bestehenden Regularien auf Landesebene rational betrachtet und überarbeitet werden.

Klar ist auch, dass allein schon das Repowering, also die Modernisierung existierender Anlagen, an den bestehenden Windkraftstandorten zu einem erheblichen Anstieg der bereitgestellten Windenergie in Niedersachsen führen wird. 3.186 Anlagen (4,3 GW) verlieren bis 2025 die EEG-Förderung. Bei 1.929 dieser Anlagen kommt ein Repowering in Frage. Es sollte das Ziel der Landesregierung sein, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, diese Anlagen wieder in Betrieb zu nehmen.

Wichtig ist daher, dass schon in wenigen Jahren wesentlich größere Windenergiemengen sinnvoll genutzt werden können. Da Windenergie die volatilste erneuerbare Energiequelle ist und das Stromnetz keine Energie zu speichern vermag, kommt dabei dem Ausgleich zwischen Energieangebot und -nachfrage eine Schlüsselrolle zu. Dieser Ausgleich muss zeitnah realisiert werden, wenn ein schneller Ausbau der erneuerbaren Energien gelingen soll.

Neben der Sicherstellung der Energieversorgung bei Flaute und Dunkelheit wird in Zukunft die Frage immer wichtiger werden, wie das Überangebot an windigen Tagen und insbesondere in Nächten sinnvoll genutzt werden kann. Das Land braucht einen realistischen Plan und klare Vorstellungen, wie die zukünftige technologische Entwicklung aussehen soll. Folgende Schwerpunkte müssen dabei gesetzt und die entsprechenden Umsetzungen beschleunigt werden.

Smart Grids

Intelligente Stromnetze sollen Verbrauchern ermöglichen, Strom bevorzugt dann zu konsumieren, wenn das Angebot am höchsten ist. Damit sich das auch auszahlt, werden Tarifstrukturen benötigt, die den aktuellen Strompreis an das jeweilige Verhältnis von Angebot und Nachfrage anpassen.

Wärmepumpen

Der Einsatz von Wärmepumpen zur Gebäudeheizung ist besonders effektiv, wenn es darum geht, den Verbrauch fossiler Energieträger zu reduzieren. Besonders sollten dabei Systeme gefördert werden, die – z.B. durch einen entsprechend dimensionierten Warmwasserspeicher - einen am aktuellen Stromangebot orientierten Betrieb ermöglichen.

Die Förderung sollte insgesamt am Markt verfügbare und ökologisch sinnvolle Technologieoptionen umfassen, wie beispielsweise bivalente Anlagen oder die Kombination von Wärmepumpe und Photovoltaik sowie Brauchwasser-Wärmepumpen.

Außerdem sollte für Neubauten eine zusätzliche Übererfüllung der Energieeinsparverordnung

als Fördertatbestand aufgenommen werden. Abgesehen davon, dass zusätzliche Maßnahmen gefördert werden sollten, müssen auch das Antragsverfahren und die Förderkriterien vereinfacht werden, um bürokratische Hürden abzubauen und den Zugang zu Fördermitteln zu erleichtern.

Wir wollen verhindern, dass Fördermittel nicht verwendet werden, weil die Beantragung zu kompliziert ist und zu wenige Leute wissen, wie oder wofür man sie genau erhält.

Grüner Wasserstoff

Mittels Überschüssen an Wind- und Solarstrom durch Elektrolyse produzierter Wasserstoff wird in der Zukunft bei der Energieversorgung insbesondere der Wirtschaft benötigt, aber gleichzeitig auch dazu dienen, im Falle einer Dunkelflaute im Winter die Stromversorgung sicherzustellen. Als Land mit großem Windenergiepotential und geeigneten Speichern für den Wasserstoff sollte Niedersachsen eine Führungsrolle bei der deutschen Wasserstoffproduktion anstreben.

Dafür fordern wir, dass sich Niedersachsen an Leitprojekten zur Wasserstoffproduktion beteiligt.

Thermische Energiespeicher

Einen erheblichen Nachholbedarf hat Niedersachsen bei der thermischen Energiespeicherung.

Diese könnte eine Schlüsselrolle für einen schnellen Ausbau erneuerbarer Energien in Niedersachsen spielen. Flüssigsalz-Hochtemperaturspeicher stellen, gerade im Zusammenhang mit einer intensiven Nutzung der Windenergie, eine sehr interessante Option dar.

Da im Winter eine Dunkelflaute droht, benötigt eine Energieversorgung mit Schwerpunkt auf Windkraft erhebliche Leistungsreserven. Kurzfristig werden Gaskraftwerke benötigt, um hier die Versorgungssicherheit herzustellen. Gaskraftwerke sind thermische Kraftwerke, die einen Teil der durch Verbrennung bereitgestellten Wärme in Strom umwandeln. Die gleichen Kraftwerke könnten ihre Wärme alternativ aus thermischen Hochtemperaturspeichern beziehen und genutzt werden, um beim Strom Angebotsüberschüsse im Tagesverlauf aufzunehmen und später Lücken zu schließen.

Sehr interessant ist dieses Konzept für die Dekarbonisierung bestehender Fernwärmenetze, insbesondere, wenn weitere Wärmespeicher für die Niedertemperaturwärme (drucklose Warmwasserspeicher) integriert werden. Solche, auf Kraft-Wärme-Kopplung basierende Systeme (*KWK-Systeme*) könnten so übers Jahr, unter weitgehender Nutzung bereits bestehender Infrastruktur, teilweise mit erneuerbaren Energien betrieben werden und dabei zur Stabilisierung des Netzes beitragen.

Gerade im Winter, wenn der Energiebedarf am höchsten ist und der Wind stärker weht als im Sommer, gleichzeitig aber die Solarenergie weniger dazu beizutragen vermag, die Bedarfsspitzen am Tag zu decken, könnte mit diesem System ein Teil der nächtlichen Stromüberschüsse auf den Tag übertragen werden und die anfallende Abwärme fände bei der Gebäudeheizung eine Verwendung. Die Option, im Falle einer lang andauernden Flaute Strom und Wärme aus Gas zu erzeugen, bliebe davon unberührt.

Für Niedersachsen als Flächenland ist auch der Einsatz von Niedertemperatur-Saisonalwärmespeichern interessant, in denen Solarwärme aus dem Sommer für die Heizung im Winter gespeichert werden kann. Entsprechende Anlagen sind beispielsweise in Dänemark realisiert worden.

Biogas

Niedersachsen ist bei der Produktion von Biogas bundesweit führend. Beim Biogas liegt die Energie bereits in chemisch gebundener Form vor. In einer künftigen auf erneuerbaren Energien basierenden Energieversorgung wird das im Biogas hauptsächlich enthaltene Methan zu den veredelten Energieträgern gehören und alternativ unter Einsatz von Strom produziert werden (*Power2Gas*).

Es ist natürlich unsinnig, einen Rohstoff für die Stromerzeugung zu verschwenden, der selbst gleichzeitig aus Strom hergestellt werden soll. Biogas sollte daher in der Regel zu Biomethan aufbereitet werden und vornehmlich für Anwendungen genutzt werden, die chemisch gespeicherte Energie benötigen, beispielsweise in der Luftfahrt oder der Stromerzeugung in einer Dunkelflaute. In einer Übergangszeit kann Biomethan auch dazu dienen, vorhandene Verbrennungsfahrzeuge ohne Einsatz fossiler Energieträger zu betreiben.

Tiefengeothermie

Für tiefe Geothermie hat Niedersachsen als Gasförderland gute Voraussetzungen, da bestehende Bohrlöcher aus der Erdgas- und Erdölförderung theoretisch genutzt werden könnten, wodurch die Kosten der Geothermie erheblich sinken würden. Praktisch haben sämtliche Bemühungen in diese Richtung in den letzten beiden Jahrzehnten nicht gefruchtet.

Bohrlöcher mit Tiefen um 5.000 m stehen in Niedersachsen im Prinzip zur geothermischen Nachnutzung bereit, ohne auf Investoreninteresse zu stoßen. Wenn sich keine Interessenten finden, müssen diese Bohrlöcher nach niedersächsischem Recht von den Betreibern bei der Stilllegung verfüllt werden, wodurch potenziell wertvolle Infrastruktur zur Nutzung regenerativer Energien vernichtet wird.

Hier sollte die Gesetzgebung im Hinblick auf die potenzielle geothermische Nachnutzung geändert werden. Das Land Niedersachsen sollte auch darauf hinwirken, dass Bundesgesetze, die gegenwärtig den wirtschaftlichen Einsatz der tiefen Geothermie im Rahmen der Nachnutzung bestehender Bohrlöcher behindern, geändert werden und Pilotprojekte entweder fördern oder selbst finanzieren.

Küstenschutz

Niedersachsen ist ein Küstenland. 14 % der Landesfläche liegen unterhalb des Meeresspiegels und sind infolge des Klimawandels zunehmend gefährdet. Die Wahrscheinlichkeit für schwere Stürme nimmt zu, gleichzeitig steigt der Meeresspiegel.

Im letzten Bericht des Weltklimarats wurde festgestellt, dass sich der Meeresspiegelanstieg mittlerweile auf 4 mm pro Jahr erhöht hat und weiter beschleunigt. Polare Schmelzwässer haben dabei die thermische Ausdehnung des Meerwassers als wichtigste Ursache für den Anstieg abgelöst. Die Erhöhung des Meeresspiegels bis zum Ende dieses Jahrhunderts wurde mit 61 cm bis 1,10 m angegeben und dabei wurde ausdrücklich betont, dass es durchaus noch schlimmer kommen könnte und regionale Unterschiede hoch seien. Eine aktuellere Umfrage unter Forschern korrigiert den oberen Wert bereits auf 1,30 m.

Nicht berücksichtigt ist dabei der antarktische Thwaites-Gletscher, der in den nächsten Jahren instabil werden könnte. Ein kompletter Kollaps dieses Gletschers würde weitere 65 cm zum Anstieg des Meeresspiegels beitragen und könnte andere Gletscher destabilisieren.

Die Eisschmelze auf Grönland hat im Verlauf der letzten 20 Jahre nach neueren Erkenntnissen den Weltmeeren 4.700 Milliarden Tonnen Wasser zugeführt und mit 1,2 cm zum Anstieg des Meeresspiegels beigetragen – deutlich mehr, als von Wissenschaftlern bisher in Klimamodellen berechnet.

Daraus könnten sich bald weitere Korrekturen der Prognosen auf höhere Werte ergeben.

Manche Forscher sprechen bereits vom Überschreiten von Kipppunkten, welches das Abschmelzen des Grönland-Eises unumkehrbar machen könnte. Allein im Grönland-Eis ist genug Wasser gebunden, um den Meeresspiegel um 7 m zu erhöhen.

Angesichts dieser Entwicklungen können sich Bewohner von Küstenregionen (auch in Niedersachsen) nicht darauf verlassen, dass die – bisher nicht gerade erfolgreichen – globalen Bemühungen zur Emissionsvermeidung von Treibhausgasen zeitig genug von Erfolg gekrönt sein werden, um einen Verlust ihres Lebensraums zu verhindern.

Für das Grönland-Eis ist offensichtlich bereits die bisher erfolgte Klimaerwärmung kritisch. Auch Anpassungsmaßnahmen, wie die Erhöhung der Deiche, werden absehbar an ihre Grenzen stoßen.

Nur Geoengineering scheint noch das Potential zu haben, die Küstenregionen langfristig vor dem Untergang zu bewahren. Es ist daher höchste Zeit, diesbezügliche Optionen gründlich zu erforschen.

Ein Team von Wissenschaftler rund um den Astrophysiker Steven Desch hat beispielsweise 2016 in der Fachzeitschrift *Earth's Future* vorgeschlagen, das arktische Packeis dadurch wieder herzustellen, dass man im Winter Wasser auf die Eisoberfläche pumpt und dieses Konzept mit der Bezeichnung *Arctic Ice Management (AIM)* versehen.

Das Packeis hat großen Einfluss auf das polare Klima, da es Sonnenlicht reflektiert und damit eine Erwärmung des Meeres im Sommer behindert. AIM wurde als vielversprechende Methode zur Beeinflussung des Klimas präsentiert – die allerdings 500 Milliarden US-Dollar im Verlauf von 10 Jahren kosten würde. Diese Kostenschätzung hat in der Presse für ein größeres Echo gesorgt als das Konzept an sich – zu Unrecht.

Das vorgestellte Konzept ist potenziell richtungsweisend für den Klimaschutz aber aus technischer Sicht unbrauchbar. Lorenzo Zampieri und Helge Goessling vom Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven haben Ende 2019 die Ergebnisse einiger Simulationen zum Einfluss von AIM auf das Klima veröffentlicht, die die Leistungsfähigkeit des Ansatzes bestätigen. Sie benutzten dabei ein grobes Raster an Operationsparametern – weit entfernt von einem elaborierten, optimierten Einsatz der Maßnahme. Dennoch waren ihre Ergebnisse ermutigend.

Jenseits des Polarkreises kann die Erderwärmung ohne Weiteres für Jahrzehnte verhindert bzw. zurückgeführt werden – wertvolle Zeit für die Bewältigung der globalen Energiewende und dringend erforderlich, um den Anstieg des Meeresspiegels in den Griff zu bekommen.

Auf der technischen Seite sieht AIM den Einsatz von 10.000.000 stationären Windpumpen vor, um das Wasser auf die Eisoberfläche zu befördern. Außerdem haben die Astrophysiker aus der Wüste Nevadas vorgesehen, das Wasser erst einmal 6 m hoch in einen Speicher zu pumpen, von dem aus es dann auf der Eisoberfläche verteilt werden soll.

Diese beiden technischen Weichenstellungen – Die Nutzung stationärer Anlagen und eines hoch gelegenen Wasserspeichers – führen zu den astronomisch hohen Kosten der Maßnahme, die von Desch et al. kalkuliert wurden.

Dass es auch ganz anders geht, zeigen Praktiker in Kanada bei der alljährlichen Errichtung

von Ice Roads.

Typische Vorgehensweise: Ein Kleinlaster ist mit einer Bohrvorrichtung ausgestattet worden. Er fährt vor und bohrt in regelmäßigen Abständen Löcher ins Eis. Ihm folgen mehrere Mitarbeiter mit jeweils einer Pumpe, die eigens für diesen Zweck konstruiert worden ist.

Jeder Mitarbeiter setzt die Umgebung eines Eislochs unter Wasser, verschließt das Loch mit dem herumliegenden Auswurf der Bohrung, damit das Wasser nicht zurückfließt und begibt sich dann gleich zum nächsten freien Eisloch. Er braucht dabei keinen hoch gelegenen Wasserspeicher und auch keinerlei Rohre, um das Wasser zu verteilen.

Die Förderhöhe beträgt weniger als 1 m und beinhaltet immer noch Einsparpotential, weil das Wasser aus ca. 70 cm ungenutzter Höhe auf die Eisoberfläche herunterfällt, um sich dann erst in der Umgebung zu verteilen.

Die Förderhöhe und damit der Pumpenergiebedarf ist aber schon hier mindestens sechsmal geringer als bei AIM vorgesehen und der Spielraum für weitere Senkungen ist offensichtlich. Indem die Arbeiter Wasserlachen erzeugen, um dann gleich weiterzugehen, nutzen sie das flüssige Wasser als potenten Wärmespeicher, um Kostensenkungen zu generieren.

Eine 1 cm tiefe Lache enthält 10 Liter Wasser pro m² und gibt beim Gefrieren rund 0,9 kWh an latenter Wärme frei. Diese Wärme an die Atmosphäre abzuführen, dauert unter arktischen Bedingungen ca. 2 h. Eine mehrere cm tiefe Wasserlache benötigt entsprechend mehr Zeit. Das Gefrieren ist also ein langwieriger Prozess und es macht keinen Sinn, das Pumpequipment vor Ort zu belassen, bis das Wasser damit fertig ist. Die Fläche stellt keinen Kostenfaktor dar – das Equipment schon.

Die 500 Milliarden US-Dollar, die die Verfasser für das AIM kalkuliert haben, um das arktische Packeis im Verlauf von 10 Jahren wiederherzustellen, sind echte Mondpreise. Mit der in Kanada bewährten Strategie, einer noch geringeren Förderhöhe und für den Einsatz auf dem Ozean optimiertem Equipment würde die Maßnahme weniger als 1 Milliarde Euro jährlich kosten. Kosten, die zur Not sogar vom Land Niedersachsen im Alleingang bewältigt werden könnten, erst recht und geradezu mühelos von einer Koalition vom globalen Meeresspiegelanstieg bedrohter Städte und Regionen.

Die forcierte Packeisbildung im Winter könnte in der Arktis von Maßnahmen flankiert werden, die die Schmelze im Sommer verlangsamen. Die Wärmezufuhr über die Atmosphäre ist in der Arktis inzwischen so ausgeprägt, dass der Schnee auf der Eisoberfläche im Sommer komplett abschmilzt und Schmelztümpel auf der Eisoberfläche bildet. Diese verringern wiederum die Albedo (Maß für von der Oberfläche reflektiertes Licht) des Packeises und erhöhen damit auch jenseits der Schmelzfront die Menge der aufgenommenen Sonnenenergie. Hier bietet sich als sehr kostengünstige Albedo-Management-Maßnahme an, das Eis unter den Schmelztümpeln an den tiefsten Stellen zu durchbohren und das Wasser einfach ohne weiteren Energieaufwand abfließen zu lassen. Hierfür könnten autonome Roboter entwickelt und eingesetzt werden. Die Energieversorgung könnte im polaren Sommer per Photovoltaik erfolgen.

AIM könnte nicht nur die Erwärmung polarer Gebiete rückgängig machen, sondern auch gezielt dazu eingesetzt werden, Gletscher zu regenerieren. Wenn an der Meeresoberfläche - wie bei AIM vorgesehen - kaltes Eis durch Wasser ersetzt wird, führt das zur Erwärmung und Befeuchtung der Luft und zu höheren Niederschlägen entlang der entsprechenden Windrichtung. An geeigneten Orten unter Berücksichtigung der Windrichtung durchgeführt, kann AIM daher gezielt eingesetzt werden, um die winterliche Niederschlagsmenge über Gletschern zu erhöhen. Darüber hinaus kann durch AIM zusätzlich erzeugtes Packeis genutzt werden, um

dem Unterspülen von Gletscherzungen mit warmem Wasser im Sommer entgegenzuwirken und die Gletscher so zu stabilisieren.

Von derartigen Innovationen kann Niedersachsen auch wirtschaftlich als Technologiestandort profitieren, wenn es sich als Pionierland bei der Erforschung und Entwicklung von Geoengineering-Maßnahmen positioniert.

Ausbau der A20

Die A20 soll nun nach jahrelanger Planung doch gebaut werden. Sie ist ein Verkehrskonzept aus den frühen Neunzigern (damals noch als A22 beziffert) und sollte heute – 30 Jahre später – gründlich hinterfragt werden. Die geplante Trassenführung führt teilweise sehr knapp an europäischen Naturschutzgebieten vorbei oder betrifft diese sogar direkt.

Die A20 soll teilweise direkt durch mehrere Moore führen. Moore machen nur 3 % der Erde aus, speichern aber doppelt so viel Kohlenstoff wie alle Wälder zusammen. Umgekehrt sind degradierte (entwässerte) Moore für etwa 6 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Daher ist das Renaturieren der Moore ein wichtiger Faktor für den Klimaschutz. Der Bau einer Autobahn in Mooregebieten bewirkt jedoch genau das Gegenteil: Er betoniert das Klimaschutzpotenzial der Moore zu.

Die Partei der Humanisten setzt sich daher für Projekte wie Paludikultur ein, um auch Moorflächen ohne Klimaemissionen bewirtschaften zu können.

Hinzu kommt, dass die Moore Lebensraum für einige stark bedrohte oder gefährdete Tierarten wie beispielsweise das große Mausohr sind. Als Alternative schlagen wir vor, die Elbfähren in einer höheren Taktung fahren zu lassen, das Schienennetz auszubauen und die bestehenden Bundesstraßen zu verbreitern. Die Häfen in der Gegend sind bereits gut ans bestehende Straßen- und Schienennetz angeschlossen und besonders beim Güterverkehr lohnt sich ein Verlagern auf die Schiene. Bestehende Straßen zu erweitern, nutzt bereits versiegelte Flächen und ist deutlich kostengünstiger als eine neue Autobahn zu bauen.

Säkularisierung

Wir sehen die Bundesrepublik Deutschland perspektivisch als einen laizistischen Staat, der unbeeinflusst von religiösen oder sonstigen Weltanschauungen und Ideologien für alle Bürger des Landes gleiche Rahmenbedingungen zu schaffen hat. Für uns bedeutet dies insbesondere, dass der Staat und mit öffentlichen Aufgaben betraute Institutionen gegenüber der Bevölkerung grundsätzlich religiös-weltanschaulich neutral auftreten und dass religiös-weltanschauliche Überzeugungen einzelner Gruppen nicht länger für alle verbindlich gemacht werden.

Unsere Forderungen

- ✓ Staatsleistungen an die Kirche abschaffen
- ✓ Kirchenaustritt kostenlos machen und online ermöglichen
- ✓ Besonderes Kirchgeld abschaffen
- ✓ Religionsunterricht durch Ethikunterricht ersetzen
- ✓ Öffentliche Bekenntnisschulen abschaffen
- ✓ Humanistische Vertretung in Rundfunkräten
- ✓ Religiöse Feiertage durch neutrale ersetzen
- ✓ Tanzverbot an Karfreitag abschaffen

Staatsleistungen

Schon mit der Weimarer Reichsverfassung verpflichtete sich der deutsche Staat, die Staatsleistungen an die Kirche zu beenden. Die eigentliche Initiative müssen aber die Länder selbst ergreifen. Die niedersächsische Regierung hat das bis jetzt nicht getan und allein im letzten Jahr wurden 50 Millionen Euro an die Kirchen gezahlt.

Wir wollen, dass der Verpflichtung endlich nachgekommen wird und die Staatsleistungen abgeschafft werden.

Kirchenaustritt

Das Grundrecht der Religionsfreiheit ist in Art. 4 GG festgeschrieben. Dieses impliziert auch das Recht, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören. Die Ausübung dieses Menschenrechts ist in Niedersachsen jedoch mit Kosten verbunden. Standesämter fordern für einen Kirchenaustritt derzeit 30 Euro. Wir sehen es als selbstverständlich an, dass die freie Ausübung von Menschenrechten jederzeit kostenfrei sein sollte. Daher fordern wir den Wegfall der Kirchenaustrittsgebühr, wie es in Brandenburg und Bremen bereits der Fall ist.

Zudem ist der Kirchenaustritt durch die Pflicht der persönlichen Erklärung vor dem Standesamt im eigenen Wohnort mit Hürden verbunden. Diese Hürden bestehen zum einen in den Öffnungszeiten der Ämter, zum anderen in den langen Wartezeiten, die in städtischen Gebieten anfallen können. Daher besteht unsere Forderung darin, die Regelung, die schriftliche Austritte für ungültig erklärt, abzuschaffen und den Kirchenaustritt über das Internet zu ermöglichen.

Besonderes Kirchgeld

Das besondere Kirchgeld wurde ursprünglich im Rahmen einer steuerlichen Gesetzesänderung eingeführt. Diese Regelung erlaubt den Kirchen, Geld vom Ehepartner einzuziehen, wenn das betreffende Mitglied kein eigenes Einkommen hat und deshalb kirchensteuerfrei wäre. Die vorliegende Problematik ist aber, dass sich die Kirche den zu besteuerten Ehepartner nach dessen Einkommen aussucht, wenn beide Ehepartner arbeiten. Dies tun sie aufgrund des gesteigerten Lebensstandards (*Lebensführungsaufwands*) des Mitglieds durch das zusätzliche Einkommen, da die Kirche das gemeinsame Einkommen als Maßstab nimmt. So ist es die Regel, dass das Mitglied Kirchensteuern und der Ehepartner das besondere Kirchgeld zahlt.

Dies stellt aber eine Entfremdung des ursprünglichen Zwecks dar. Unsere Forderung ist daher, das Gesetz dahingehend anzupassen, dass die Kirchenmitgliedschaft eines Ehepartners nicht zulasten des anderen konfessionslosen Ehepartners geht.

Konfessionelle Neutralität der Rundfunkräte gewährleisten

In Niedersachsen gehören ca. 41 % der Bevölkerung der evangelischen Kirche an, 17% der katholischen Kirche. Die beiden Großkirchen haben als *gesellschaftlich relevante Gruppe* je zwei Vertreter im Rundfunkrat des NDR. Damit finden die konfessionellen Interessen von 42 % der Bevölkerung kaum bis gar keine Berücksichtigung. Unsere Forderung ist daher, auch aus humanistischen Verbänden mindestens zwei Vertreter zu entsenden.

Feiertage

Derzeit gibt es in Niedersachsen 10 gesetzliche Feiertage, acht davon sind christlich begründet, während lediglich zwei (Tag der Arbeit und Tag der deutschen Einheit) keinen religiösen Ursprung haben. Um die Bevorzugung des Christentums gegenüber anderen Religionen und Nichtgläubigen zu beenden, fordern wir die Aufhebung der gesetzlichen Feiertage christlichen Ursprungs. Stattdessen sollen andere Feiertage, die die gesamte Gesellschaft betreffen, wie zum Beispiel der Europatag oder der Tag der deutschen Geschichte eingeführt werden.

Zudem soll ein Kontingent von individuellen Feiertagen eingeführt werden, die jeder Bürger nach eigenem Ermessen beispielsweise zur Ausübung von Religion oder Weltanschauung wahrnehmen kann. Außerdem wollen wir die Anzahl der Feiertage landesweit anpassen.

Auch beim Tanzverbot an den sogenannten *stillen Feiertagen* sehen wir eine staatliche Bevormundung des Christentums und einen Widerspruch gegen die Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) und fordern demnach die Aufhebung dessen.

Bestattungsrecht

Als 2017 Änderungen am Bestattungsrecht vorgenommen wurden, sollte es auch ermöglicht werden, dass die Asche von Verstorbenen auf speziell dafür angelegten Wiesen auf Friedhöfen verstreut werden kann, anstatt in einer Urne beigesetzt werden zu müssen. Nachdem die Kirchen deutlichen Widerspruch einlegten, weil die Asche dadurch von Menschen und Tieren zertreten werden könnte, wurde der Abschnitt aber aus dem Gesetzesentwurf entfernt. Wir finden, dass jeder das Recht haben sollte, selbst zu bestimmen, was nach dem Tod mit den eigenen Überresten passiert. Davon darf der Einzelne nicht durch Widerspruch einer Re-

Religionsgemeinschaft abgehalten werden können, gerade wenn man selbst kein Mitglied ist. Deswegen fordern wir, dass diese Gesetzesänderung doch noch durchgeführt wird und es in Niedersachsen, wie auch schon vor Jahren in Bremen, möglich wird, die Asche zu verstreuen.

Säkuläre Bildung

Zu einem säkularen Staat gehört auch, dass staatlich finanzierte Schulen keinen konfessionsgebundenen Unterricht anbieten, sondern Religion Privatsache bleibt. Deswegen sind wir für die Abschaffung von staatlichen Bekenntnisschulen und für den Ersatz von Religionsunterricht durch das Pflichtfach Ethik. Mehr dazu findest du im Themenabschnitt Bildung.

Außerdem sehen wir Universitäten als Orte, an denen man der Wissenschaft verpflichtet ist. Öffentlich geförderte theologische Lehrstühle sollten daher zugunsten religionswissenschaftlicher Lehrstühle abgeschafft werden.

Wohnen

Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum. Eine Wohnung zu haben ermöglicht soziale Teilhabe. Als Partei der Humanisten stehen wir für dieses Recht ein. Wohnungen müssen daher nicht nur in ausreichenden Größenordnungen vorhanden sein, sondern auch bezahlbar. Dabei ist sicherzustellen, dass für alle sozialen Schichten ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht. Unser Ziel ist, einen fairen Wohnungsmarkt in einem lebenswerten Umfeld zu garantieren. Bei der Entwicklung des öffentlichen Raums soll die Lebensqualität der Menschen im Mittelpunkt stehen.

Unsere Forderungen

- ✓ Förderung von *Housing first*-Projekten
- ✓ Mehr sozialer Wohnungsbau, besserer Schutz vor Zweckentfremdung
- ✓ Geringere bürokratische Hürden beim Wohnungsbau
- ✓ Förderung von klimafreundlichen Sanierungen
- ✓ Mehr öffentlicher Nahverkehr
- ✓ Besserer Ausbau der digitalen Infrastruktur
- ✓ Energiegeld für einkommensschwache Menschen

Housing First

Wir wollen *Housing first*-Projekte fördern. Hierin wird obdachlosen Menschen eine Wohnung zur Verfügung gestellt, begleitet von verschiedenen, freiwilligen Betreuungsmaßnahmen, die sehr einfach in Anspruch genommen werden können.

Eine Wohnung und damit eine Anschrift zu haben, ist nicht nur auf dem Arbeitsmarkt hilfreich und erleichtert den Wiedereinstieg ins Berufsleben. Einen persönlichen, sicheren Rückzugsort zu haben ist darüber hinaus auch besonders wichtig für die psychische Gesundheit.

Projekte in anderen Ländern, insbesondere das System in Finnland, zeigen, dass es 80 % der Menschen, die in *Housing first*-Projekten untergekommen sind, schaffen, nach einem Auszug ihre eigene Wohnung zu halten und selbstständig zu leben. Instrumente wie Mietpreisbremsen oder Mietendeckel bekämpfen lediglich die Symptome eines überhitzten Wohnungsmarktes, ohne die Ursachen zu lösen.

Bei der Erstellung von Bebauungsplänen sollen stattdessen ausreichende Flächen für sozialen Wohnungsbau berücksichtigt werden. Die Menge an sozialem Wohnungsbau soll sich dabei an den lokalen Bedürfnissen ausrichten. Soziale Wohnungsbauprojekte sollen vom Staat gefördert werden und langfristig garantiert werden. Mit Zweckentfremdungsverboten und Milieuschutz-Regeln wollen wir gewachsene soziale Strukturen erhalten.

Wir setzen uns für den Abbau von bürokratischen Hürden beim Wohnungsbau ein. Darüber hinaus sollen Sanierungen für den privaten Gebrauch gefördert bzw. steuerlich begünstigt werden. Insbesondere energieeffizientes Wohnen soll gefördert werden, weil es einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann.

Eine Pflicht zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen lehnen wir allerdings allein schon wegen der aktuellen Lieferprobleme ab.

Jeder Mensch sollte unabhängig vom Wohnort ein selbstbestimmtes Leben führen und an

unserer modernen und digitalen Gesellschaft teilhaben können, ohne abgehängt zu werden. Aus diesem Grund muss vor allem in eine bessere Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln und digitale Infrastruktur investiert werden.

Dem Trend einer rückläufigen Nahversorgung mit Lebensmitteln, medizinischen Angeboten und Bildungseinrichtungen wollen wir durch geeignete Maßnahmen gezielt entgegenwirken.

Aufgrund von gestiegenen Energiekosten wird es für immer mehr Menschen schwierig, für Strom- und Heizkosten aufzukommen. Wir fordern daher ein Energiegeld für Menschen mit geringem Einkommen.

Wirtschaft

Die soziale Marktwirtschaft ist die einzige Wirtschaftsordnung, die mit humanistischen Werten wie individueller Freiheit, fairem Interessenausgleich und Hilfe zur Selbsthilfe vereinbar ist. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft deshalb erhalten und fördern. In dieser Ordnung ist jede Art staatlicher Willkür durch rechtsstaatliche Strukturen zu unterbinden.

Deutschland und Europa müssen darüber hinaus frei von monopolisierter Wirtschaftsmacht sein. Wir wollen die Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern stets gleichermaßen berücksichtigt sehen. Soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit sind im Sinne der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen Maxime für das Wirtschaften. Alle Gesellschaftsebenen sollen am Wachstum teilhaben können.

Unsere Forderungen

- ✓ Mehr Investitionen in die Infrastruktur
- ✓ Förderung der IT-Sicherheit bei kleinen und mittelständischen Betrieben
- ✓ Ausbau der erneuerbaren Energien zur Bekämpfung der Energiekrise
- ✓ Finanziell angeschlagene Unternehmen bei der Rückzahlung von Corona-Hilfen entlasten.

Innovation als Wirtschaftsfaktor

Als Industriestandort sind Deutschland im Allgemeinen und Niedersachsen im Besonderen einem ständigen Konkurrenzdruck ausgeliefert. Diesem Wettbewerb muss durch ständige Innovationen begegnet werden. Leider sind in Niedersachsen in den vergangenen Jahrzehnten die Investitionen in die Infrastruktur viel zu kurz gekommen.

Im Bereich der digitalen Infrastruktur rückt neben dem dringend benötigten Ausbau der Netze aktuell die IT-Sicherheit immer mehr in den Fokus. Eine schlechte Absicherung der IT kann für viele Unternehmen eine existenzielle Bedrohung darstellen. Allerdings ist der Ausbau der IT-Sicherheit insbesondere für viele kleine und mittelständische Unternehmen eine große finanzielle und zeitliche Herausforderung.

Hierfür muss das Land Niedersachsen den Unternehmen mehr finanzielle Mittel und Unterstützung zur Verfügung stellen.

Auswirkungen des Klimawandels auf die Wirtschaft

Die Dekarbonisierung der Industrie ist eine der größten Herausforderungen, denen sich die deutsche Wirtschaft jemals stellen musste. Insbesondere energieintensive Industriebetriebe bekommen die gestiegenen Energiepreise immer stärker zu spüren.

Dies ist vor allem auf die rasant gestiegenen Preise für Erdöl und -gas zurückzuführen. Im Gegensatz dazu sind die Erzeugerpreise für erneuerbare Energien in den letzten Jahren immer weiter gefallen. Niedersachsen ist bereits führend in Deutschland, was die Windenergieerzeugung betrifft.

Zur Lösung der Energiekrise fordern wir, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien wieder konsequent vorangetrieben wird.

Corona-Hilfen

Viele Unternehmen leiden immer noch unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Wir fordern weitere finanzielle Unterstützung insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen, die durch die Corona-Pandemie in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind.

Dies kann durch weitere finanzielle Mittel oder auch die Aussetzung oder den Erlass der Rückzahlung von Notfallkrediten erfolgen. Weiteren Subventionen für wirtschaftlich gesunde Unternehmen stehen wir hingegen ablehnend gegenüber.

Mobilität

Mobilität ist für Niedersachsen mit hier ansässigen Unternehmen wie Volkswagen und unzähligen Zulieferbetrieben ein bedeutsames Thema. Eingriffe in den Mobilitätssektor sind hier auch in besonderem Maße Eingriffe in den individuellen Wohlstand unseres Landes.

Dieser umfasst nicht nur eine technologische Wende im Automobilbereich, sondern auch eine Weiterentwicklung unserer Verkehrssysteme im Allgemeinen und die Verbesserung des Nah- und Fernverkehrs im Speziellen.

Der Mobilitätssektor steht vor großen gesellschaftlichen und technologischen Herausforderungen, die man rational angehen und lösen muss, denn Fortbewegung muss in Zukunft nachhaltig und CO₂-neutral erfolgen.

Unsere Forderungen

- ✓ Ausbau der E-Ladeinfrastruktur
- ✓ Ausbau von Carsharing-Angeboten
- ✓ Forschungs- und Innovationsförderung für nicht-fossile Antriebsarten
- ✓ Europaweite CO₂-Steuer
- ✓ Ausbau des Radwegnetzes in der Stadt und auf dem Land
- ✓ Bessere Anbindung des ländlichen Raums
- ✓ Stärkere Vernetzung der Tarifgebiete
- ✓ Reaktivierung von Bahnstrecken zur Schließung von Lücken im Bahnnetz
- ✓ Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern
- ✓ Förderung von innovativen Mobilitätsformen
- ✓ Verkehrsberuhigung von Innenstädten
- ✓ Vernetzung der Mobilitätsformen vorantreiben

Mobilität nachhaltig gestalten

Gerade der Mobilitätssektor ist vom Klimawandel und der Notwendigkeit der CO₂-Neutralität unserer Verkehrssysteme betroffen. Neben technologischen Veränderungen wie der E-Mobilität gilt es, auch einen Wechsel der Mobilitätsformen attraktiv zu gestalten, etwa für den Rad- und den Zugverkehr.

Für den motorisierten Verkehr steht die E-Mobilität derzeit im Mittelpunkt. Doch darüber hinaus müssen auch die Optionen zur Nutzung von Power-to-X, Wasserstoff und anderen Energiequellen weiter erforscht und gefördert werden. Während die Dekarbonisierung beim Zugverkehr direkt über die Stromerzeugung erreicht werden kann, bedarf es beim Individual-, Bus- und Schwerlastverkehr einer anderen Herangehensweise.

Hier fehlt es nach wie vor an geeigneter Ladeinfrastruktur für eine umfassende Elektrifizierung. Diese muss flächendeckend ausgebaut werden und vor allem dort verfügbar sein, wo Fahrzeuge längere Zeit abgestellt werden, beispielsweise in Parkhäusern und an Supermärkten.

Ein Ausbau von Carsharing-Angeboten kann außerdem durch feste Abstellplätze direkt damit verknüpft werden. Dies hat den positiven Nebeneffekt, dass der notwendige Parkraum in Stadtgebieten reduziert werden kann, da weniger Menschen auf das eigene Fahrzeug angewiesen sind.

Um die Wettbewerbsfähigkeit von CO₂-neutralen Fortbewegungsmitteln zu erhöhen, ist der Einsatz einer angemessenen CO₂-Steuer notwendig. Hiermit lässt sich eine klimafreundliche Fortbewegung für alle Verkehrsteilnehmer ermöglichen. Diese muss allerdings europaweit eingeführt werden. Dafür setzen wir uns ein.

Ein Umstieg auf alternative, CO₂-neutrale Mobilitätsformen ist ebenfalls Kernbestandteil einer nachhaltigen Mobilitätswende. Neben dem Nah- und Fernverkehr müssen vor allem die Radwegnetze sicherer ausgestaltet und besser vernetzt werden. So ist auch ein Radschnellwegnetz zwischen den großen Pendlerzentren ein wichtiger Baustein bei der Entlastung der Straßen.

Nah- und Fernverkehr ausbauen und vernetzen

Der Nah- und Fernverkehr muss weiter ausgebaut und besser vernetzt werden. Das gilt insbesondere für die Anbindung zwischen dem ländlichen Raum, großen Zentren und dem direkten Umland.

Erster Ansatzpunkt ist hierbei eine bessere Verzahnung der Fahrpläne – auch über Tarifgebiete hinweg. Es muss möglich sein, auf allen relevanten Nahverkehrsrouten die Wartezeiten auf maximal 30 Minuten zu beschränken. Des Weiteren gilt es zu prüfen, wie man durch Bahnstreckenreaktivierung neue Kommunen wieder an das Schienennetz anschließen kann, um somit auch den individuellen Pendlerverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen.

Dabei muss ein langfristiger Planungshorizont auch die zukünftige Entwicklung von Fahrgastzahlen ins Auge fassen. Grundsätzlich gilt, dass nicht jede Strecke wirtschaftlich betrieben werden muss.

Eine gute Anbindung an den Nah- und Fernverkehr ist wichtig, um auch den ländlichen Raum attraktiv zu gestalten.

Wo eine nachhaltige Einrichtung eines Nahverkehrsnetzes nicht dauerhaft möglich ist, müssen innovative und bedarfsgerechte Transportmöglichkeiten geschaffen werden. Nicht nur der Nahverkehr muss auf der Schiene ausgebaut werden, auch der Güterverkehr muss von der Straße zurück auf die Schiene.

In der Reaktivierung und dem Ausbau von Industriegleisen und anderen Gleistrassen sehen wir auch eine kurzfristige Option.

Insbesondere große Logistikzentren benötigen eine direkte Schienenanbindung. Durch ein erhöhtes Aufkommen an Individualverkehr und einer Überlappung der Mobilitätsformen sind viele Städte zunehmend gefordert. Es entstehen Konfliktzonen und Unfallschwerpunkte. Das Konzept der autogerechten Stadt hat schon lange ausgedient und muss für eine menschengerechte Stadt weichen.

Wir sehen die Zukunft unserer Städte in einem fußläufigen Erlebnis, welches mit Bahn und Rad ergänzt werden kann. Daher müssen Umstiegsmöglichkeiten vom PKW auf andere Verkehrsmittel eingerichtet und attraktiv gestaltet werden.

Landwirtschaft

Unsere Forderungen

- ✓ Forschungsförderung für neue Technologien in der Landwirtschaft
- ✓ Anreize zur verstärkten Automatisierung und Digitalisierung der Landwirtschaft
- ✓ Schaffung von Rückzugsräumen für die Tier- und Pflanzenwelt
- ✓ Evidenzbasierter Umgang mit neuen Technologien wie grüner Gentechnik
- ✓ Artgerechte Haltungsbedingungen und Vorgehen gegen Missstände in der Tierhaltung
- ✓ Förderung von nachhaltigen Tierfleischalternativen

In kaum einem anderen Wirtschaftszweig treffen Fortschritt und Tradition so stark aufeinander wie in der Landwirtschaft. Wir setzen uns ein für die Entwicklung hin zu einer effizienten und zugleich umweltfreundlichen Landwirtschaft.

Als progressive Partei sehen wir hierbei im technologischen Fortschritt keinen dogmatischen Feind, sondern die Grundlage, um unsere Nahrungsversorgung nachhaltig sicherzustellen und unsere Umwelt zu schützen. Die Verbesserung bestehender und vor allem auch die Entwicklung ganz neuer landwirtschaftlicher Technologien sind für den Umweltschutz von strategischer Bedeutung und müssen entsprechend offen angegangen, erforscht und bei Bedarf gefördert werden.

Verstärkte Automatisierung und Digitalisierung sowie neue Ansätze wie Vertical Farming bergen großes Potential, um die in diesem wichtigen Wirtschaftssektor benötigte Fläche zu reduzieren. Dies erlaubt es, freiwerdende Flächen als Rückzugsräume für die Tier- und Pflanzenwelt zu nutzen und zu renaturieren, was wir zum Schutz der Biodiversität durch entsprechende Anreize fördern wollen.

Durch weitere innovative Konzepte wollen wir diese nachhaltige Intensivierung noch stärker vorantreiben und damit die Artenvielfalt schützen, beispielsweise durch effizienteren Pesticideinsatz mithilfe von Robotik, aber auch durch moderne Gentechnik, die Ertrag und Widerstandsfähigkeit von Pflanzen erhöhen kann.

Wissenschaftlich nicht haltbare Hürden beim Einsatz dieser Technologien müssen daher abgebaut werden.

Insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels und anderer menschlicher Aktivitäten besteht hier erhöhter Forschungsbedarf. Steigende Erwärmung, Austrocknung, Überschwemmungen und Versalzung führen bereits heute zu Ernteverlusten und dem Verlust von Anbauflächen. Grüne Gentechnik, die sich mit Veränderungen am Genom von Pflanzen befasst, kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Wir befürworten einen verantwortungsvollen Einsatz dieser Technologie, da die wissenschaftliche Studienlage zur Gentechnik eindeutig ist. Ebenso setzen wir uns für eine wissenschaftlich fundierte Bewertung von sachgemäß angewandten Pflanzenschutzmitteln ein. Aus unserer Sicht sind effizient eingesetzte Pestizide, die Ackerfrüchte vor Schädlingen schützen und zugleich möglichst minimale Nebenwirkungen auf die restliche Umwelt haben, auch in näherer Zukunft nicht zu ersetzender Bestandteil unserer Landwirtschaft.

Missstände in der Tierhaltung, insbesondere der Massentierhaltung, müssen beendet werden. In Tierbetrieben müssen artgerechte Haltungsbedingungen gewährleistet werden.

Wir setzen uns außerdem für verstärkte Forschung zur Entwicklung und Sicherung einer tierhaltungsfreien Ernährung als Ergänzung und Alternative zur konventionellen Produktion ein. Wesentliche Fortschritte konnten bereits beispielsweise im Bereich Kulturfleisch sowie bei rein pflanzlichen Alternativen verzeichnet werden. Aussichtsreiche Ansätze dieser Art verdienen aufgrund ihrer potenziell weitreichenden positiven Folgen für das Tierwohl, die Umwelt und das Klima besondere Förderung.

Öffentlich geförderte Kantinen, beispielsweise Mensen an Universitäten, sollen aus diesem Grund auch verpflichtet werden, täglich zumindest eine vollwertige vegane Essensoption anzubieten.

Kultur

Kultur ist einer der Stützpfeiler einer humanistischen, aufgeklärten und freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Sie trägt maßgeblich zur persönlichen sowie zur gemeinschaftlichen Identität bei. Wir sehen Kunst als aktive kreative Ausdrucksform und passive ästhetische Erfahrung für eine lebendige Gesellschaft. Wir streben deshalb eine Stärkung des Kultursektors und niedrigschwellige Teilhabe am kulturellen Leben an.

Unsere Forderungen

- ✓ Breit gefächerte finanzielle Unterstützung zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie sowie zur Stärkung der Kultur in der folgenden Zeit
- ✓ Größere Aufmerksamkeit für die ökonomische und soziale Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft und ihrer Potenziale für Niedersachsen
- ✓ Ermöglichung eines barrierefreien Zugangs zu kulturellen Angeboten für alle Bürger (Rentner, Menschen mit Behinderung, ALG II-Empfänger, etc.)
- ✓ Angemessenere Vergütung der Kulturschaffenden, insbesondere im Hinblick auf ihre soziale, ökonomische und gesellschaftliche Bedeutung
- ✓ Wirtschaftliche Gleichstellung der Geschlechter, auch in der Kulturbranche
- ✓ Ausbau der Förderung von Städtepartnerschaften und anderen Kulturaustauschprogrammen

Kultur als Standort- und Wirtschaftsfaktor

Niedersachsen ist eines der kulturellen Zentren Deutschlands. Beispiele hierfür sind Braunschweig und seine weltweit hoch angesehene HBK sowie die Hauptstadt Hannover mit seiner aktiven Musikszene als seine schlagendes Herz oder auch das hochgeachtete Kunstmuseum in Wolfsburg.

Das vielfältige kreative Spektrum reicht von traditionsreichen Kultureinrichtungen bis hin zu progressiven, experimentierfreudigen Kunstformen: Museen, Galerien, Theater und Bühne, Oper, Musical, Tanz, Literatur, Film, Fashion, Straßenfeste, Street Art, Open-Air-Konzerte, Medien, freie Szene und Clubkultur.

Die vielfältigen Einnahmen und Arbeitsplätze, die mit diesem Angebot einhergehen, sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für ganz Niedersachsen.

Wirtschaft

Die Kunst- und Kulturszene ist jedes Jahr das Ziel von Millionen Besuchern aus aller Welt. Dieser Tourismus wiederum kommt weiteren Branchen wie der Gastronomie oder dem Hoteltgewerbe zugute. Die Kunst- und Kulturszene ist somit auch ein wichtiger Standortfaktor für Niedersachsen.

Die öffentlichen Haushalte stellten im Jahr 2015 insgesamt 10,4 Milliarden Euro für öffentliche Kulturausgaben zur Verfügung, die sogenannten Grundmittel. Die Ausgabenbereiche umfassen dabei u. a. Ausgaben für Theater, Musik, Bibliotheken, Museen, Denkmalschutz/-pflege sowie Kunsthochschulen. Bezogen auf die Bevölkerung gaben Länder und Gemeinden deutschlandweit durchschnittlich 126,77 Euro je Einwohnerin und Einwohner aus.

In Niedersachsen beliefen sich die Kulturausgaben hingegen nur auf 74,30 Euro je Einwohner. Damit lag Niedersachsen auf dem drittletzten Platz vor Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz.

Sachsen stand mit Ausgaben in Höhe von 211,62€ je Einwohner auf Platz 1. Dem gegenüber steht der Anteil der Schüler unter 19 Jahren in öffentlichen Musikschulen. Hier steht Niedersachsen im Ländervergleich auf Platz 5. (Stand 2016).

Bei den verkauften Tagesauflagen von lokalen und regionalen Abonnementzeitungen im 2. Quartal 2017 lag Niedersachsen immerhin auf Platz 4 im Ländervergleich. Dies impliziert ein starkes Interesse an kulturellen Angeboten, obwohl Niedersachsen bei der Anzahl von Theater-, Konzert- und Museumsbesuchen nur die hinteren Plätze belegt.

Wir dürfen hierbei allerdings nicht vergessen, dass Stadtstaaten wie Bremen, Hamburg oder Berlin sich von Niedersachsen aus schnell erreichen lassen und somit auch den niedersächsischen Bürgern die Möglichkeit bietet, besondere Kulturangebote in diesen Städten zu nutzen (beispielsweise die Elbphilharmonie).

In der Spielzeit 2015/2016 gab es bundesweit 815 öffentliche Theater. Niedersachsen bot in seinen 47 öffentlichen Theatern 14.246 Plätze an, bundesweit die geringste Zahl an Sitzplätzen je 1.000 Einwohnern. Insgesamt wurden in dieser Spielzeit in Niedersachsen über 1,5 Millionen Theaterbesuche registriert, 191 Theaterbesuche je 1.000 Einwohnern. Damit lag Niedersachsen an drittletzter Stelle aller Länder.

Mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen (36 %) in der bildenden Kunst hatte im Jahr 2019 ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1.100 Euro. Ein weiteres gutes Drittel (38%) befand sich in der Einkommensklasse von 1.100 Euro bis unter 2.000 Euro netto im Monat. Auf monatlich mehr als 2.000 Euro netto kam lediglich rund ein Viertel (26 %) der Erwerbstätigen. Dabei zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern: So waren 60 % der Erwerbstätigen in der untersten Gehaltsklasse Frauen, ihr Anteil an den Erwerbstätigen in der bildenden Kunst insgesamt betrug aber lediglich 53 %. Diese Zahlen gelten zwar bundesweit, geben uns aber auch Hinweise auf die Verhältnisse in Niedersachsen.

Beitrag zur Völkerverständigung

Kulturveranstaltungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung und damit zu einer friedlicheren und lebenswerteren Welt. Daher setzen wir uns als Humanisten für eine Förderung von bilateralen Kulturaustauschprogrammen auch und gerade in Krisenzeiten ein. Dies kann zum Beispiel, aber nicht nur, im Rahmen von Städtepartnerschaften (inklusive Entwicklungspartnerschaften) und Schüleraustauschen geschehen.

Wir wollen Mittel schaffen, um diese Partnerschaften auf- und auszubauen.

Innere Sicherheit

Polizei und Überwachung sind sensible Themen. Die Partei der Humanisten möchte die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten, ohne jedoch die Freiheiten der Bürger unnötig einzuschränken, und den Respekt für die Polizeibeamten wiederherstellen. Dafür sind gut ausgebildete und ausgestattete Sicherheitsbehörden sowie ein sinnvoller juristischer Rahmen, in welchem Polizei und Bevölkerung einander auf Augenhöhe begegnen können, notwendig.

Unsere Forderungen

- ✓ Anonymisierte Kennzeichnungspflicht von Polizisten
- ✓ Überprüfung polizeilicher Vorfälle durch eine unabhängige Dienststelle
- ✓ Konsequente Verfolgung extremer Netzwerke innerhalb der Polizei
- ✓ Technische Erneuerung der Ausrüstung
- ✓ An die digitale Welt angepasste Ausbildung der Sicherheitskräfte
- ✓ Keine Bewaffnung der Polizei mit Handgranaten, Panzern o.ä.
- ✓ Videoüberwachung nur anlassbezogen an Kriminalitätsschwerpunkten
- ✓ Reform des Strafvollzugs

Polizei

Verantwortung

Polizisten vertreten in Deutschland, notfalls auch mit Waffengewalt, die Exekutive und tragen deshalb eine besondere Verantwortung. Dieser Anspruch an das Verantwortungsbewusstsein muss sich bereits in der Ausbildung widerspiegeln und durch Sensibilisierung und Deeskalationstraining gestärkt werden.

Um individuelles Fehlverhalten ahnden zu können, setzen wir uns für eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht und die Überprüfung der strafrechtlich relevanten Verdachtsfälle durch eine unabhängige Dienststelle ein.

Als klares Ausschlusskriterium für die Vertretung eines freiheitlich-demokratischen Staates sehen wir politischen oder religiösen Extremismus. Insbesondere rechtsextreme Netzwerke stellen hier eine systematische Gefahr für die Professionalität der Polizei dar und müssen konsequent verfolgt werden.

Ausrüstung

Eine umfassende technische Erneuerung der Ausrüstung sowie entsprechende Ausbildung der Sicherheitsbehörden ist notwendig, um mit dem technischen Fortschritt und den sich daraus ergebenden kriminellen Möglichkeiten Schritt zu halten. Im digitalen Bereich gehören beispielsweise Cyber-Terrorismus oder die Tatvorbereitungen im Darknet dazu.

Für den Außendienst sprechen wir uns für Bodycams aus, wobei klare Richtlinien zu ihrer Verwendung definiert werden müssen. Verstöße müssen mit Nachdruck verfolgt werden.

Einem verantwortungsbewussten und sachgemäßen Einsatz von Elektroimpulsgeräten zur gezielten Deeskalation statt stumpfer Gewalt durch Schlagstöcke oder dem häufig tödlichen

Einsatz von Schusswaffen stehen wir offen gegenüber. Es bedarf aber strikter Regeln, wann dies zulässig ist.

Die Bewaffnung der Polizei mit Panzern, Handgranaten oder vergleichbarem Kriegsgerät lehnen wir strikt ab. Als Partei des Fortschritts und der Innovation befürworten wir die Erprobung neuartiger Ausrüstung wie z.B. Brillen mit Fahndungstechnologie im Streifendienst. Außerdem wollen wir die Ausstattung der Streifenbeamten mit modernen Fahndungshilfen vorantreiben.

Ämter und Informanten

V-Leute sind für die polizeilichen Ermittlungen unerlässlich, gerade bei Ermittlungen in kriminellen Milieus und Terrororganisationen. Die Problematik besteht aber in der Wahrscheinlichkeit einer ungewollten Finanzierung der Netzwerke, die man eigentlich bekämpft, weshalb hier die Kontrollen verschärft werden sollten.

Ebenso können die Barauszahlungen an die V-Männer dafür genutzt werden, um finanzielle Mittel des LfV zu unterschlagen, weshalb diese Möglichkeit der Zahlung durch Überweisungen ersetzt werden sollten.

Zuletzt sollten die Rekrutierungsvoraussetzungen verschärft werden und die V-Leute stärker in die Pflicht genommen werden, ihre Aufgabe der Informationsbeschaffung nachzukommen, wenn die betreffenden Personen ihr nicht selbstständig nachkommen.

Ein wichtiges Anliegen ist auch die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern, da die Verantwortlichkeiten zwischen den Ämtern bisher unzureichend geregelt sind, wie man unter anderem bei den Fällen der RAF, NSU und beim Fall Anis Amri feststellen musste. Ein Beispiel dafür wäre, dass beim NSU-Fall nur fünf von ungefähr 50 V-Mann-Hinweisen vom Thüringer LfV an das Landeskriminalamt weitergeleitet wurden. In einer Entscheidung vom 19. Mai 2020 stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass es an einer Institution fehlt, die eine unabhängige Rechtskontrolle administrativen Charakters durchzuführen imstande ist.

Daher ist unsere Forderung die Schaffung einer parlamentarischen Institution, die imstande ist, im Vorfeld die Rechtmäßigkeiten bestimmter Verfahren zu prüfen und bei Unrechtmäßigkeiten rechtzeitig einzugreifen, statt nur die Fehler im Nachhinein mit Prüfungsausschüssen aufzuarbeiten, wie das bisher der Fall war.

Bürger

Überwachung

Der Nutzen der Videoüberwachung ist im Verhältnis zu den monetären und gesellschaftlichen Kosten, wie dem anlasslosen Eingriff in Persönlichkeitsrechte, niedriger zu gewichten. Eine allgemeine, anlassunabhängige Videoüberwachung lehnen wir deshalb zum Schutz von Persönlichkeitsrechten ab.

Die Informationen von einer schwerpunktmäßigen Videoüberwachung können dagegen die Aufklärung von Straftaten erleichtern, beispielsweise nach Vandalismus oder Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln.

Wir wollen daher einen sensiblen Umgang damit fördern und stets individuell Nutzen und Kosten abwägen. Bei der Fahndung nach Verdächtigen schwerer Straftaten soll auch automatisierte Gesichtserkennung zum Einsatz kommen können. Aufgrund der Eingriffstiefe müssen Daten identifizierter unverdächtig Personen jedoch sofort gelöscht und hohe An-

forderungen an den Datenschutz gestellt werden.

Strafvollzug

Der Strafvollzug muss reformiert werden.

Es braucht mehr offenen Vollzug, Bildungsangebote sowie Präventions- und Deradikalisierungsarbeit, um Inhaftierten eine bessere Resozialisierung zu ermöglichen. Hierfür müssen Erkenntnisse aus Vergleichsstudien von offenem und geschlossenem Vollzug in Hinblick auf Resozialisierungs- und Rückfallergebnisse berücksichtigt und umgesetzt werden

Gesundheit

Gesundheit ist ein hohes Gut und stellt, als Grundlage für ein glückliches und selbstbestimmtes Miteinander, eine wichtige Komponente einer humanistisch orientierten Politik dar.

Um eine gute Gesundheitsversorgung sicherstellen zu können, muss der Staat die grundlegende Gesundheitsinfrastruktur in der Hand behalten. Privatisierung von Krankenhäusern führt zu Kostendruck, was keine bessere, sondern eine schlechtere Gesundheitsversorgung durch weniger Pflegepersonal und teure, medizinisch nicht notwendige Eingriffe und Behandlungen nach sich zieht. Wir wollen, dass die Qualität der medizinischen Versorgung im Vordergrund steht. Private Unternehmen und Organisationen können jedoch selbstverständlich weiterhin medizinische Einrichtungen betreiben.

Esoterik und sogenannte Alternativmedizin lehnen wir als Pseudowissenschaften ab; sie dürfen ausschließlich privat oder durch eine Zusatzversicherung finanziert und nicht von den gesetzlichen Krankenversicherungen übernommen werden.

Was nachweislich wirkt, nennt sich Medizin. Was nicht wirkt, ist auch keine Alternative. Besonders in medizinischen Ausbildungsstätten ist darauf zu achten, dass dieser vermeintliche Dualismus kritisch reflektiert wird. Kinder haben ein Recht auf wirksame Gesundheitsversorgung, das ihnen auch durch die Eltern nicht verweigert werden darf.

Unsere Forderungen

- ✓ Ausbau der medizinischen Studienplätze in Niedersachsen
- ✓ Verbesserung der Attraktivität des Landarztberufes
- ✓ Schaffung einer rechtssicheren Grundlage für telemedizinische Angebote wie z.B. Onlinesprechstunden und digitale Rezepte
- ✓ Angemessene Bezahlung in allen Pflegeberufen durch die Einführung von flächendeckenden Tarifverträgen.
- ✓ Der Ausbau von Ausbildungsstandorten in Regionen mit unzureichenden Angeboten
- ✓ Verbesserung der Attraktivität der Ausbildung im Pflegeberuf, zum Beispiel durch bessere Vergütung
- ✓ Kurzfristige Verringerung des Pflegenotstandes durch intensivere Anwerbung von ausländischen Fachkräften
- ✓ Ausbau der Kurzzeitpflegeplätze in spezialisierten Einrichtungen
- ✓ Erweiterung der Beratungs- und Unterstützungsangebote zu den Möglichkeiten der häuslichen und Kurzzeitpflege
- ✓ Mehr Geld für Vorsorgeprogramme
- ✓ Besseres Essen in Schulen und Kitas
- ✓ Neuorientierung des Schulsports, weg von Leistungsdruck hin zu einer Förderung des Spaßes an der Bewegung
- ✓ Förderung von Betriebssportprogrammen
- ✓ Einführung einer generellen Impfpflicht bis zum 16. Lebensjahr entsprechend den Empfehlungen der STIKO

Ärzteversorgung

Der demografische Wandel in der Ärzteschaft stellt Niedersachsen vor große Herausforderungen. Eine Prognose der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen aus 2020 sagt einen Rückgang der Anzahl der niedergelassenen Hausärzte von heute 5.044 auf ca. 3.750 im Jahr 2035 voraus.

Dieser Rückgang wird insbesondere in den ländlichen Regionen Niedersachsens zu einer noch deutlicheren Unterversorgung mit Ärzten als ohnehin schon führen.

Dieser Mangel wird durch die immer älter werdende Bevölkerung und den damit steigenden Bedarf nach medizinischen Leistungen dramatische Auswirkungen haben. Wir fordern daher, die Anzahl der Studienplätze in medizinischen Bereichen in Niedersachsen weiter auszubauen.

Darüber hinaus wollen wir die Attraktivität des Landarzt-Berufes fördern.

Eine Landarztquote halten wir dabei allerdings für wenig zielführend, da eine langfristige Bindung der werdenden Ärzte an den Landarztberuf nicht durch den Staat verordnet werden sollte. Stattdessen setzen wir uns für finanzielle Anreize, verbesserte Planungssicherheit und Work-Life-Balance ein. Dazu gehört unter anderem auch der Ausbau des ÖPNV und des Kinderbetreuungsangebots.

Telemedizinische Angebote wie Onlinesprechstunden können einen weiteren wichtigen Beitrag dazu leisten, dem Landärztemangel entgegenzuwirken. Die Onlinesprechstunde soll dabei aber analoge Beratungsangebote nicht völlig ersetzen, sondern als Ergänzung dienen. Wir setzen uns daher für den Ausbau von telemedizinischen Angeboten ein.

Pflege

Der Landespflegebericht 2020 hat gezeigt, dass Niedersachsen bei der Anzahl der vollstationären Pflegeeinrichtungen gut aufgestellt ist. Allerdings wurde der Bedarf an zusätzlichen Fachkräften im Bereich der Pflege bereits vor der COVID-19-Pandemie allein für das Land Niedersachsen auf ca. 25.000 zusätzliche Stellen geschätzt, Tendenz steigend.

Dieses Problem könnte, wenn keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen werden, durch die altersdemografische Entwicklung bei den Pflegekräften und Berufsaussteigern, die dem Gesundheitswesen verloren gehen, sogar noch verstärkt werden.

Um die hohe Arbeitsbelastung für Pflegekräfte zu reduzieren muss, neben einer angemessenen Bezahlung/Vergütung, ein besonderes Augenmerk auf die Ausbildung neuer Pflegekräfte gelegt werden. Daraus würde sich langfristig auch eine verbesserte Attraktivität des Pflegeberufs ergeben, durch eine Verringerung der Arbeitsbelastung des Einzelnen.

Darüber hinaus zeigt der Landespflegebericht, dass die Schulungsangebote in Niedersachsen regional zu ungleichmäßig verteilt sind.

So liegen zum Beispiel zwischen der Altenpflege-Ausbildungsstätte in Lüchow-Dannenberg und dem nächsten niedersächsischen Krankenpflegeausbildungsstandort in Uelzen mehr als 40 km. Dies birgt die Gefahr, dass in unterbesetzten Regionen die Ausbildung in anderen Branchen bevorzugt wird oder Auszubildende in andere Regionen abwandern und dort nach Abschluss ihrer Ausbildung verbleiben.

Im Vergleich zur vollstationären Pflege ist das Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen als Ergänzung zur häuslichen Pflege in Niedersachsen insgesamt nicht ausreichend.

Die Integration der Kurzzeitpflege in vollstationären Einrichtungen hat sich damit als nicht

erfolgreich erwiesen. Dabei sollte, wann immer möglich, der häuslichen Pflege Vorrang gewährt werden, da die zu pflegende Person nicht aus ihrem vertrauten Umfeld gerissen wird und das Gesundheitswesen weniger belastet wird.

Prävention

Wir setzen uns für eine verbesserte Gesundheitsvorsorge in Niedersachsen ein. Zum einen führt Prävention zu einem gesünderen und besseren Leben. Zum anderen zeigen Studien, dass erfolgreiche Präventionsprogramme günstiger sind als die durch sie verhinderten Erkrankungen. Dadurch werden die Gesundheitssysteme also effektiv entlastet.

Daher fordern wir endlich eine konsequente Umsetzung des 2015 beschlossenen Präventionsgesetzes. Dabei sollen die bereitgestellten Mittel gebündelt und effektiv eingesetzt werden. Als sogenannter Förderschwerpunkt werden vom Bundesministerium für Gesundheit allein zur Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen 25 verschiedene Programme finanziert.

Dabei ist oft unklar, welche Programme zielführend sind und aufgrund mangelnder Finanzierung sind die Maßnahmen oft zeitlich oder regional begrenzt. Hier muss dringend nachgebessert werden, um Ressourcen nicht weiter zu verschwenden.

In Studien schneidet die Verpflegung in deutschen Schulen und Kitas oft schlecht ab. Hier besteht großes Potenzial, gesunde Ernährung zu fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verpflegung Mindestanforderungen wie die DGE-Qualitätsstandards erfüllen und eine entsprechende Zertifizierung gefördert wird.

Wir fordern in Kitas und Schulen eine tägliche Sportstunde, entsprechend den Empfehlungen der WHO für tägliche körperliche Aktivität. Diese soll den Spaß an Bewegung fördern und ohne Leistungsdruck stattfinden. Wir wollen die Hürden für Sport als Freizeitbeschäftigung minimieren.

Dazu gehört auch, Sportangebote in unmittelbarer Nähe zum Wohnort anzubieten. Sportanlagen, die aufgrund von Einsparmaßnahmen geschlossen wurden, sollen dafür wieder geöffnet werden.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Gesundheitsvorsorge können freiwillige Betriebssportprogramme sein. Durch die Integration in den Arbeitsalltag können von diesen Programmen auch wenig Sportbegeisterte erreicht werden und die Angebote können auf die spezifischen Probleme der Tätigkeiten zugeschnitten werden (z.B. *Rückenschule* bei Bürotätigkeiten zur Prävention von typischen Rückenerkrankungen). Durch die Zusammenarbeit von GKV, Arbeitgebern und Staat können hier Maßnahmen mit hoher Reichweite geschaffen werden.

Wir setzen uns für eine generelle Impfpflicht bis zum 16. Lebensjahr, entsprechend den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO), ein. Für Erwachsene halten wir regelmäßige Aufklärungsgespräche über die Vorteile und Nebenwirkungen der empfohlenen Impfungen für sinnvoll.

Drogenkonsumräume

Wir fordern einen Wandel hin zu einer aufgeklärten Drogenpolitik. Die Prohibition verfehlt nicht nur das erklärte Ziel, den Konsum von psychoaktiven Substanzen zu reduzieren, sondern führt dazu, dass Konsum und Handel unkontrolliert, unreguliert und nicht aufgeklärt stattfinden. Auf Landesebene setzen wir uns daher für eine stärkere Förderung von Drogen-

konsumräumen ein. Nur so kann der Konsum seitens stark Abhängiger in einer kontrollierten Umgebung stattfinden.

Für Drogenkonsumräume wurden 2000 in §10a BtmG bestimmte Anforderungen festgelegt. Unter anderem müssen ausstiegsorientierte Therapieangebote vermittelt werden und medizinische Notfallversorgung bereitstehen. Seit Einführung der gesetzlichen Grundlage obliegt es der Landesregierung, solche Einrichtungen zu genehmigen und zu fördern.

In ganz Niedersachsen gibt es derzeit nur einen einzigen Drogenkonsumraum in Hannover, obwohl sich Drogenkonsumräume nachgewiesenermaßen positiv auf die Anzahl der Toten durch unmittelbaren Konsum der Drogen auswirken.

Wir fordern mehr Konsumräume, besonders in Regionen, die überdurchschnittlich stark von Drogenkonsum und dessen Auswirkungen betroffen sind.

Wir wollen die wissenschaftliche Forschung an psychoaktiven Substanzen fördern, um deren Gesundheitsgefährdung und Suchtpotential mit transparenten und verlässlichen Erkenntnissen zu erschließen. Das schließt auch Drogenkonsumräume ein. Diese sollen Gegenstand wissenschaftlicher Forschung werden.

Dazu sollen Jahresberichte der Konsumstellen vorgelegt werden, wie es bereits in anderen Bundesländern der Fall ist. Des Weiteren fordern wir die Einstellung laufender und das Unterlassen zukünftiger Strafverfolgungsverfahren bei Drogenbesitz in geringer Menge, sofern eine Fremdgefährdung auszuschließen ist.

Digitalisierung

Unsere Forderungen

- ✓ Flächendeckender Netzausbau
- ✓ Öffentliches WLAN an öffentlichen Plätzen
- ✓ Digitales Bürgerbüro einrichten
- ✓ Ausbau und Förderung von IT-Sicherheit bei KMU
- ✓ Förderung von Open-Source
- ✓ Mehr digitale Selbstbestimmung und Privatsphäre

Netzausbau

Flächendeckend verfügbares und schnelles Internet ist mittlerweile nicht nur wichtig für die Lebensqualität der meisten Menschen, sondern auch essenziell die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen. Deshalb wollen wir den Ausbau der 5G-Netzinfrastruktur drastisch beschleunigen. Besonders soll dabei auf das Netz in der Nähe von Bahnstrecken geachtet werden, damit auch im Zug dauerhaft das Internet genutzt werden kann.

Der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur in Niedersachsen muss ebenfalls weiter vorangetrieben werden. Schnelles Internet zuhause darf nicht nur in den Großstädten verfügbar sein.

Öffentliches WLAN

Um wirklich überall vernetzt und erreichbar zu sein fordern wir, dass das Land Niedersachsen die Verfügbarkeit von öffentlichem WLAN an öffentlichen Plätzen fördert. So soll ermöglicht werden, dass Menschen, unabhängig von ihrem verfügbaren Budget für mobiles Internet, die Möglichkeit zur digitalen Teilhabe haben.

Digitales Bürgerbüro

Wer heutzutage versucht, einen Termin im Bürgerbüro zu bekommen, muss mitunter mit mehreren Monaten Verzögerung rechnen. Um die Bürgerämter zu entlasten und die eigenen Belange schneller und einfacher abzuwickeln, fordern wir den Ausbau der digitalen Möglichkeiten um.

Um die Identifikation der Bürger festzustellen, können bestehende Verfahren wie PostIdent oder der Online-Ausweis mit PIN genutzt werden. So können nicht nur Kosten gespart, sondern auch Frust durch lange Wartezeiten vermindert werden.

Förderung der IT-Sicherheit

IT-Infrastruktur ist auch in der Wirtschaft nicht wegzudenken. Gerade in klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) ist das Bewusstsein für IT-Sicherheit aber noch nicht weit genug ausgeprägt. Dies ist besonders wichtig in Zeiten wo auch kleinere Unternehmen Ziel von Hacker-Angriffen aus dem Inland sowie aus dem Ausland, besonders Russland und China, werden.

Um teure Schäden in der Wirtschaft sowie für die Kunden, deren Daten eventuell gestohlen

werden, abzuwenden, wollen wir, dass das Land Niedersachsen sich stärker einbringt in der Förderung von IT-Sicherheit, besonders bei KMU.

Dafür sollen Beratungen für Unternehmen sowie Schulungen für Führungskräfte und Mitarbeiter angeboten werden.

Open-Source

Quelloffene Produkte schaffen Vertrauen und alle können von ihnen profitieren. Interessierte können bei quelloffener, sogenannter Open-Source-Software, beispielsweise transparent nachvollziehen, welche Daten erhoben und verarbeitet werden.

Wir unterstützen die Nutzung freier Software in allen Bereichen. Öffentliche Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen sollen nach und nach verstärkt auf freie Software umstellen. Die Nutzung proprietärer Software soll besonders hier auf ihre Zweckmäßigkeit untersucht werden. Starke Abhängigkeiten zu einzelnen Herstellern wollen wir vermeiden. Es sollen gezielt staatliche Fördergelder für die Entwicklung von Open-Source-Projekten vergeben werden, die der Allgemeinheit zugutekommen.

Durch die quelloffene Gestaltung ist es möglich, schneller auf Probleme und Neuerungen in der Anwendbarkeit zu reagieren. Software, die überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, muss unter einer freien Lizenz veröffentlicht werden, damit sie allen zur Verfügung steht.

Digitale Selbstbestimmung und Privatsphäre

Das Menschenrecht auf Privatsphäre kann nur geschützt werden, wenn beim Datenschutz grundsätzlich informationelle Selbstbestimmung gewährleistet wird. Wir betrachten digitale Selbstbestimmung und Privatsphäre als wichtige Bestandteile der individuellen Freiheit.

Nur wer nicht überwacht wird, kann sich frei entfalten. Staatliche Maßnahmen, welche die Bürger unter Generalverdacht stellen, lehnen wir deshalb ab. Wir wollen eine Zukunft, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, seine Daten einzusehen, zu kontrollieren und über sie zu verfügen.

Um dies zu erreichen, setzen wir auf eine nutzerorientierte und dezentrale Datenökonomie, durch die jeder Mensch frei darüber entscheiden kann, welche personenbezogenen Daten erhoben, verarbeitet, ausgewertet und geteilt werden.

Datenschutz und -sicherheit müssen konsequent umgesetzt werden. Wir fordern, dass das Recht auf Privatsphäre und Datensouveränität beim Nutzen digitaler Kommunikationswege geschützt bleibt. Die systematische Schwächung verschlüsselter Kommunikation lehnen wir ab. Biometrische Technologien müssen streng reguliert werden. Den Einsatz flächendeckender biometrischer Überwachung lehnen wir ab.

Staatliche Akteure sollen sich auf den Schutz und die Ausfallsicherheit der eigenen digitalen Infrastrukturen konzentrieren. Sicherheitslücken in IT-Systemen müssen auch von diesen gemeldet werden (responsible disclosure).

Die anlasslose und massenhafte Speicherung von Vorratsdaten lehnen wir ab.

Wahlrechtsreform

Wir finden, zu einer Demokratie gehört, dass möglichst 100 % der Wähler auch in den Parlamenten vertreten werden. Deutschland hat hierbei Verbesserungsbedarf, wie man es zuletzt bei der Landtagswahl im Saarland gesehen hat. Mehr als 22 % der Wähler werden dort nun nicht im aktuellen Landtag repräsentiert, weil sie eine Partei gewählt haben, die weniger als 5 % der Stimmen erhalten hat.

Dazu kommt, dass viele Wähler davor abschrecken, eine Kleinpartei zu wählen, da sie aus Angst vor der 5 %-Hürde lieber *das geringste Übel* der großen Parteien wählen, um überhaupt im Parlament vertreten zu werden.

Wir finden jedoch, dass bei einer demokratischen Wahl jeder sein Kreuz bei der Partei machen sollte, von der er am meisten überzeugt ist, anstelle strategisch eine große Partei zu wählen, mit der er nur teilweise zufrieden ist. Zur Lösung dieser zentralen Probleme fordern wir die Einführung der sogenannten

Präferenzwahl

Sollte der Wähler sich unsicher sein, ob die von ihm gewählte Partei A es über die 5 %-Hürde schafft, so hat er die Möglichkeit, eine *Ersatzstimme* einer zweiten Partei B zu geben. Auf dem Wahlzettel gibt es dann also zwei Ankreuzspalten bei der Zweitstimme.

Sollte Partei A nicht mehr als 5 % der Stimmen erhalten, gilt die Stimme für Partei B. Somit ist gewährleistet, dass jeder Wähler im Parlament vertreten wird und jeder die Partei wählen kann, deren Meinung er am meisten teilt, ohne aus Angst vor der 5 %-Hürde eine große Partei zu wählen, die eigentlich gar nicht seine erste Wahl gewesen wäre.